

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Veranlagungsanfragen sollen pro Seite 75 Pf. — Text- und Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Kaufmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Bismarckstr. 38-42. Teleph. Nr. 39, 98 u. 294. Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Der neue Zarismus.

Die von dem bolschewistischen Parteikongress in Moskau formulierten Aufnahmebedingungen für die „3. (kommunistische) Internationale“ könnten uns als wirtschaftspolitische Organisation gleichgültig lassen, wenn nicht durch die moskowitzischen Machtanprüche auch direkt in das Gewerkschaftsleben hineingegriffen würde. Genau so wie die verfallenen zaristischen „Beherrscher aller Reichen“ sich die absolute Macht über Leiber und Seelen aller Rußlandbewohner anmaßten, so beansprucht der neue moskowitzische Zarismus im kommunistischen Mantel absolut zu diktiert über die Arbeiterbewegung in allen ihren Teilen, sogar außerhalb des „heiligen Rußland“. Der neue Zarismus ist also noch viel machthungriger als der alte, durch die Revolution 1917 gestürzte.

Hören wir, was der neue Zarismus der Arbeiterschaft der ganzen Welt zumutet und welche Rolle er den Gewerkschaften zuerkennt:

Die diktatorische Gewalt wird von dem „Exekutivkomitee“, das mindestens zu zwei Dritteln aus Kommunisten, die sich schon vor August 1920 zum Kommunismus russischer Prägung bekannt haben, bestehen muß, ausgeübt. Diese Zentralgewalt soll natürlich im „heiligen Rußland“ ihren Sitz haben. Alle Pressorgane, die Herausgabe von Druckschriften zu Propagandazwecken müssen der Zentralgewalt gehorchen; wer nicht paret, wird hingerichtet. Wer sich nicht unbedingt und widerspruchslos der kommunistisch-bolschewistischen Zentralgewalt — das zaristische Exekutivkomitee — unterwirft, wird aus der Gemeinschaft der Rechtgläubigen entfernt. Ausdrücklich wird der Finanzwurf von Männern wie Kautsky und Hilferding aus der U. S. P. D., von Turati (Italien), Longuet (Frankreich), MacDonald (England), Sillauit (Amerika) u. a. m. zur Bedingung für die Aufnahme der betreffenden sozialistischen Landesparteien in den Moskauer Bund gemacht. Verworfen wird die Pressefreiheit, also wird die freie wissenschaftliche Diskussion der sozialen Probleme verboten! Nur was die zaristischen Herrscher für richtig halten, darf gelehrt und gepredigt werden. Vorgeschieden wird der Terror, auch mit Waffengewalt, die „Ausrottung der Bourgeoisie“, die schonungslose Bekämpfung der „Gefahren“, der „Reformisten“, des „Zentrums“ (womit die demokratischen Sozialisten verstanden werden). Gegenüber den Verordnungen und Anordnungen der zaristischen Exekutive ist „eiserne Disziplin“ unbedingte Vorschrift. Wer dagegen verstößt, hat mindestens den Ausschluß, wenn nicht schlimmeres, vielleicht sogar, wenn es an der nötigen Vollkommenheit nicht fehlt, Verbannung nach Sibirien oder Sterben zu erwarten.

Über die Gewerkschaften heißt es in den kommunistisch-bolschewistischen Aufnahmebedingungen:

„Jede Partei, die der kommunistischen Internationale angehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums“ zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.“

10. Jede der kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale“ der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruchs mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklich propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die bestehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.“

11. Netze Ansichten für die Gewerkschaften mit den „kommunistischen Zellen“. Diese „kommunistischen Zellen“, kommandiert von der zaristischen Zentrale, würden die mühsam aufgebauten gewerkschaftlichen Organisationen schließlich zerschlagen und einen wüsten Kampf innerhalb der Arbeiterschaft zustande bringen. Der Kapitalismus — dem übrigens die Sowjetregierung nun durch Konzessionen in Rußland wieder neuen Boden schafft! — würde über die freibewegliche zerrissene Arbeiterschaft triumphieren.

Welche Elemente in den „kommunistischen Zellen“ innerhalb der Gewerkschaften ihr Unwesen treiben würden, wollte man gleichgültig nachsehen in den nachfolgenden Mitteilungen über unionistische Spitzelgeschichten. Künstliche Subjekte, mit einer „guten“ Schnauze begabt, werden in den „kommunistischen Zellen“ die gutgläubigen Kameraden zu Ratten aufzumauern, um der „Bourgeoisie“, die sich gewiß nicht widerstandslos abmerken läßt, Gelegenheit zu militärischen Gegenputschen zu geben. Und an der Würgerklinge, der das, was uns der Weltkrieg noch ließ, vollends zerstört, wäre die Folge. Dieser Bürgerkrieg tobt in Rußland nun schon jahrelang und bewirkt, daß dies mit Naturgaben reichgesegnete Land eine Stätte wirtschaftlicher Verelendung und fanatischer Brutalität ist. Die jahrhundertelange brutale zaristische Unterdrückung des armen russischen Volkes belastet es noch immer, sie äußert sich ja auch in der gewaltpolitischen Art, mit der sich der neue, der bolschewistische Zarismus zum Weltbeherrscher durchringen will. Diese Art soll auf die kulturell viel höher stehenden westeuropäischen Länder übertragen werden. Die „kommunistischen Zellen“ innerhalb der Gewerkschaften sollen die Stoßtruppe der neuen zaristischen Knechtschaft sein.

Mit beispielloser Unberücksamtheit wird die Zentrale der modernen, freigewerkschaftlichen Organisationen in Amsterdam die „Internationale der gelben Gewerkschaften“ genannt. In dieser Gewerkschaftsinternationale wirken viele zehntausende Männer und Frauen, die schon ein Menschenleben dem schaffenden, opferreichen Dienste für die Arbeiterklasse widmeten. In zahllosen schweren Kämpfen mit dem Kapitalismus und dem Militarismus, mit unzähligen Maßregeln, mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen haben diese Männer und Frauen ihren Namen ehrenvoll in die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung eingetragen! Und den von diesen Pionieren der internationalen Gewerkschaftskämpfe geführten Organisationskern erdichtet sich der vom größtmöglichen Macht hunger befallene neue moskowitzische Zarismus eine „gelbe Internationale“ zu nennen! Das kennzeichnet diesen Zarismus, der über stumme Klagen und kriecherliche Lobhudelei herrschen möchte, zur Genüge. Wo sind denn die „Hochburgen“ der kommunistisch-unionistisch-individualistischen Vortrags des neuen Zarismus anders zu Hause bei uns als in den Betrieben, in denen vor dem Gelben unter dem Schutz der Kapitalisten unsere gewerkschaftlich organisierten Kameraden terrorisiert! Scharenweise sind die ehrenwerten Persönlichkeiten zu nennen, die früher die Obste der „gelben Gewerkschaften“ waren, aber wegen Unredlichkeit aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wurden, und jetzt die wilden Männer im kommunistischen Gewand markieren. Zahlreiche dieser Hauptkorymben sind als von der Reaktion besetzte Spitzel entlarvt, die ungezählte ehrliche Arbeiter ins Unglück geführt haben. Immer mehr kommunistische Stoßtruppführer, die martialischerisch auf „Moskau“ und den bolschewistischen Zarismus schwören, werden von ihren Vereinsgenossen als gemeingefährliche Spitzel demaskiert. Und unsere Gewerkschaften sollten es dulden, daß ihre Organisation durch von Spitzeln aufgeputzte „kommunistische Zellen“ unterwirft und zerrissen werden? Sollten es dulden, daß unser Verband, dessen Geschichte eine Geschichte schwerer Kämpfe der Vergewerkschaft gegen den rücksichtslosesten Kapitalismus ist, von feilen Spitzeln oder geistig verwirrten Zautifern unterminiert wird?

Wären die Russen ihr Wirtschafts- und Staatswesen gestalten nach ihrem Willen. Das ist ihr gutes Recht. Das kann uns nicht hindern, mit dem russischen Volke in ein gutes Gegenstandsverhältnis zu kommen. Aber wir wehren uns mit aller Kraft gegen das Vorhaben, die bolschewistische Regel als das Normalstatut für die deutschen Gewerkschaften anzunehmen! Was sind die Russen den Beweis für die aufbauende, kulturfördernde Arbeit der bolschewistischen Methode schuldig geblieben. Was wir in Rußland sehen, ist noch immer zerrüttender Bürgerkrieg, aus der trüben Vergangenheit des jahrhundertelangen bis vor wenigen Jahren rücksichtslos von dem gekrönten Zarismus brutalisierten armen Volke zu erklärenden Anbetung knietendeckender Gewalt, politisch und — die harten Knäue einer neuen privatkapitalistischen Herrschaft. Alles das reizt nicht zur Nachahmung.

Arthur Crispian, der als Vorsitzender der U. S. P. D. an dem Moskauer Kongress teilnahm, teilt darüber in der „Freiheit“ mit, wenn die U. S. P. D. die Bedingungen der Moskauer Aufnahme, so bedeute das den Selbstmord der unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands. Nicht nur ihre Parteigenossen Kautsky und Hilferding ständen auf der schwarzen Liste der Moskauer Zaristen, sondern fast alle namhaften Führer der U. S. P. D., wie Ledebour, Breitscheid, Oskar Cohn, Dittmann, Henke usw. seien scharf angegriffen worden, selbst die überaus radikale „Leipziger Volkszeitung“ fände keine Gnade in Moskau. Der größte Teil der Reichstagsfraktion der U. S. P. D., die Überzahl der Parteitagdelegierten müßten „herausgeschmissen“ werden, wenn die Bedingungen der Moskauer angenommen würden. Das bedeute den Selbstmord der Partei.

Wenn so selbst die linkssozialistische Partei Deutschlands mit der Anerkennung des neuen Zarismus ihr Todesurteil brähe, wie würde es erst den Gewerkschaften ergehen? Die Gewerkschaften müßten sich zu ihrer Selbsterhaltung allen politischen Parteien gegenüber die volle Unabhängigkeit bewahren! Sie dürfen ihre Mitglieder auf kein parteipolitisch oder religiöses Programm verpflichten, sondern müssen sich darin neutral verhalten. Nur so kann eine organisierte Massenbewegung ermöglicht werden. Andernfalls zerfällt die Organisation in wer weiß wie viele Organisationsgruppen. Wir sehen das deutlich bei den sogenannten „radikalen“ Gruppen. Sie haben behauptet, die Arbeiterchaft zu „einigen“, und nun sehen wir schon vier, fünf oder noch mehr unionistische, individualistische oder kommunistische Sondervereinigungen am Werke, die gegenseitig, vornehmlich aber unseren Verband zu bekämpfen. Dieser blinde Fanatismus entspricht zwar dem neuen Zarismus, zerfleischt aber die Arbeiterchaft zugunsten der Reaktion.

Die Gewerkschaften sind nur lebensfähig, wenn ihre innere und äußere Entwicklung sich im Rahmen selbstgegebener, den freien Meinungsansatz nicht hindernder, demokratischer Disziplin bewegen kann. Das, was Moskau den Gewerkschaften bietet, ist fanatische Unmündigkeit, eine geistige und körperliche Knechtung, die auf die absolute Diktatur einiger sich gottähnlich dünkender Oberbuzen hinausläuft. Das mag für Rußland passen, die Zeit mag es lehren, aber die geistig weit fortgeschrittene Arbeiterchaft in Deutschland läßt sich nicht in moskowitzische Fesseln schlagen, auch wenn sie im Namen des „Kommunismus“ angelegt werden sollen.

Unionistische Völlerverhehung.

Das Blättchen der „Freien Arbeiter-Union“ ist in zweifacher Hinsicht mit dem Verlauf des Genfer Internationalen Bergarbeiterkongresses sehr unzufrieden. Es bezeichnet den Kongress als eine — „Komödie libeller Art“ (!), zunächst, weil ein Abseander der „syndikalistisch-unionistisch-kommunistischen Vereinigungen aus Deutschland nicht zugelassen worden sei. Man habe aus jedem Lande nur je eine Delegation anerkannt. Diese „Antiquen“ sei gebohnen worden, nur um die einzig irreführenden „Unionisten“ etc. etc. vom Kongress fern zu halten.

Mit diesem dummen Ausfall auf die Kongressleitung bezeugt der „Freie Arbeiter-Unionist“ lediglich, daß er gar keine Ahnung von der Bergarbeiter-Internationalen hat. Der Beschluß, aus jedem Lande nur eine Delegation mit Sitz und Stimme zuzulassen, ist bereits 1906 von dem Internationalen Kongress in London gefaßt worden! Daraus ergab sich einmal eine Delegation des christlichen Gewerksvereins der Bergleute im Kongress, ohne sich vorher mit dem deutschen Landessekretär im Internationalen Bergarbeiterkomitee ins Benehmen gesetzt zu haben, wie in Genf ohne vorherige Anmeldung und Verständigung ein „freier Arbeiter-Unionist“ auftauchte und seine Zulassung verlangte. In London 1906 wurde dieser Fall entschieden, nicht erst in Genf 1920. Und in London waren es, wie nun wieder in Genf, insbesondere die Vertreter der belgischen und französischen Kameraden, welche — in der Komiteestimmung am 30. Juli — betonten, aus jedem Lande dürfe nur je eine Delegation anerkannt werden. Sowohl Organisationen als in diesem Lande existierten. Der Internationale Kongress habe sich nicht mit Meinungsverschiedenheiten in den einzelnen Ländern zu befassen, sondern müsse dies den betr. Landesorganisationen überlassen. Dementsprechend traten der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der christliche Gewerksverein, die polnische Berufsvereinigung und der Gewerksverein S. D. von vornherein als eine deutsche Delegation auf und hatten sich unter sich über die Medner und die Stellung zu den vorliegenden Anträgen verständigt. Innerhalb unserer Verbandsdelegation waren Mehrheitssozialisten und Unabhängige vertreten; aber das wußte gar keine Rolle, denn alle erschienen als gleichberechtigte Verbandsdelegierte. Das Zusammenarbeiten unserer Delegation hat kein Mißton getrieben, alle waren hochbefriedigt von dem schönen Verlauf des Kongresses. In der gleichen Lage befanden sich die drei Bergarbeiterorganisationen aus Tschechoslowakei; auch sie traten als eine tschechoslowakische Delegation auf. Der „freie Unionist“, der plötzlich auftauchte, verlangte aber eine Extrabehandlung. Er führte und verfeumdete in seinem Blättchen die vier Bergarbeiterverbände in einem fort, es fiel ihm gar nicht ein, sich mit den anderen Verbänden über eine etwaige Kongressbeteiligung zu verständigen, sondern er glaubte wohl, der ganze Kongress hiele vor „Ihm“ auf die Knie und rufe ihm „Gottan!“ zu. Das schied zu seiner Entfaltung nicht. Deshalb nennt „Er“ den Kongress „eine Komödie libeller Art“. Der Mann kennt also die langwierigsten Zulassungsbedingungen zum Internationalen Bergarbeiterkongress nicht. Daraus ist ersichtlich, daß dieser „freie Arbeiter-Unionist“ ein Grönländer in der gewerkschaftlichen Bergarbeiterbewegung ist. Er hat sich wahrlich nicht bis vor nicht zu langer Zeit in barmherzigen Almbüchereien und barmherzigen Streifen am Wohlsein geföhlt.

Diese Annahme wird bestätigt, wenn man erzählt, warum dieser „freie Arbeiter-Unionist“ auch sonst noch nicht mit Genf zufrieden ist. Er ist entsetzt, daß es dort nicht zu Streitigkeiten über die Kriegsschuldfrage gekommen ist! Er nennt die Kameraden Smillic und Sue „geachtete Herren“, die es verstanden hätten, eine Kriegsschulddebatte zu vermeiden. Die „unionistische Anklage“ gegen Smillic und Sue ist eine Ehre für diese beiden Kameraden, aber auch recht bezeichnend für die Gesinnungsart des „Unionisten“.

Der nicht geschäftsmäßiger Völlerverheher ist, hat eine hohe Freude an dem Geist der Kameradschaftlichkeit, der in Genf herrschte. Der „Unionist“ hätte es lieber gesehen, wenn sich die Bergarbeitervertreter in Genf zum Gaudium der Nationalisten und Kriegspolitiker in allen Ländern tagelang herumgequälten hätten über die Frage, wer den Krieg verschuldete. Statt sich mit den wichtigsten Bergarbeiterfragen zu beschäftigen und hierin, wie erfolgreicherweise geschehen, zu einem kameradschaftlichen Einverständnis zu kommen, hätten sich die Arbeiterdelegierten in Genf in die Höhe reden sollen über die Kriegsschuld der militärischen Machthaber und sich schließlich gar noch an den Häßen kriegen sollen, dann wäre der „Unionist“ mit Genf zufrieden.

Dann wären aber auch die nationalistischen Völlerverheher und militärischen Gewaltpolitiker mit Genf zufrieden gewesen, während sie nun schimpfend und höhrend über den Internationalen Bergarbeiterkongress urteilen — wie der „Unionist“. Auch dieser hätte lieber in Genf einen „neften Klammant“ zwischen Franzosen, Engländern und Deutschen gesehen, denn sonst würde der „Unionist“ unsere für die kameradschaftliche Völlerverständigung strebenden Kongressvertreter nicht beschimpfen.

Der „Unionist“ mag es, unseren Kameraden Wismann der Plage zu bezichtigen, weil dieser in Genf erklärte, der Verband der Bergarbeiter Deutschlands habe die imperialistische Annexionspolitik nicht unterstützt, sondern bekämpft; habe nicht die belgische Deportationen aufzuheben, sondern für die Heimsendung von Deportierten bemüht; habe sich außerdem stets nach Kräften für die gute Behandlung der im Bergbau beschäftigten Kriegsgefangenen eingesetzt. Das konnte Wismann mit vollem Recht behaupten, dafür haben wir in unserer Schrift: „Material zur Lage der Bergarbeiter während des Weltkrieges“ viele dokumentarische Beweise beigebracht. Wismann hat also nicht geschwindelt, sondern war ihn einen Schwindler nennt, der gerade in ein Erzählwörterbuch eingetragen werden sollte. Was hat der „Unionist“ während des Krieges getan für die Kriegsgefangenen?

nen und Deportierten? Welche Stellung nahm damals der heute so „Revolutionäre“ zu der alldeutsch-gelben Annegionspolitik ein? Hat er überhaupt vor dem Kriege mitgearbeitet in einer gewerkschaftlichen oder politischen Organisation, die sich, wie unser Verband, die Völkerverständigung zum Ziel setzte? Hat der heute so „Revolutionäre“ beim Kriegsausbruch nicht etwa zu den Kriegsbegünstigern gehört, die mit: „Heil Dir im Siegerfranz“ umherzogen? Vielleicht hat er seine Kriegervereinstimmungen oder ein ähnliches „patriotisches Abzeichen“ noch sorgfältig aufgehoben.

Wenn man liest, wie der „Freie Arbeiter-Unionist“ enttäuscht darüber ist, daß es in Genf gelang, die Völkerverständigung zu vermeiden, dann wird es dem Leser klar, wie sehr dem „freien Arbeiter-Unionist“ die Völkerverständigung am Herzen liegt. Darin stimmt er überein mit den Gewerkschaften im Lager der Kämpfer und Angehörigen. Und man sieht hieraus wieder, wie recht wir haben, wenn wir behaupten, daß die revolutionären Manuskripten den reaktionären Völkerverständigung in die Hände arbeiten. Das sollten alle Arbeiter wohl beherzigen, die sich von dem scheinbar radikalen Trara-Bummel einfangen lassen.

Unionistische Spiegelgeschichten.

Zu einer einzigen Nummer der „Freien Arbeiter-Union“ lesen wir folgende Beiträge zum Spiegelthema:

1. Der „Vergewaltiger“ mahnt die Kameraden zur Vorsicht, weil die Spiegelzentrale der Reaktion immer wieder versucht, in die unionistischen Reihen Spitzel hinein zu bringen. Joseph Nicolai und Richard Grunfeld sind als „direkte Spitzel“ entlarvt.

2. Die unionistischen Größen, Oswald Wagner und Anton Kasper, sind im Februar-März wegen Unterschlagung ausgeschlossen worden, bemühen sich nun wieder, „Uneinigkeit“ in die Reihen der Arbeiter zu bringen. Die „Vergewaltiger“ warnen vor diesen und noch einigen anderen Elementen und drohen mit anderen Maßnahmen.

3. Die unionistischen Mitglieder „der hiesigen Schachtanlage“ (Duisburg-Boor) beschloßen, den August Kuno auszuschießen, weil er nachweislich „ein gefährlicher Spitzel“ ist. „Er hat lange Zeit hindurch verstanden, durch gutes Reden (!!) sich in die Gunst der Mitglieder zu bringen“.

4. Die unionistische Mitgliederversammlung von Karolus Wagnus schloß einstimmig den Heinrich König wegen „verräterischer Umtriebe“ aus. Es liegt Spitzelgefahr vor.

Alle diese Beiträge zur unionistischen Spiegelgeschichte finden wie in einer einzigen Nummer des genannten Blattes! Man muß erschrecken vor einem solchen Tiefstand der Moral. Die Arbeitsblätter, welche sich in der eifrigen Uebersetzung befinden, der Arbeiterklasse durch unionistisch-fundamentalistische Schwärmergeister zu dienen, sind tief zu bedauern, daß sie in eine solche giftige Atmosphäre hineingerieten. Warum rufen sich die schuftigen Spitzel geradezu haufenweise ausgerechnet in der „Union“ und ähnlichen „radikalen“ Vereinen ein. Weil hier durch „antes Reden“, d. h. durch radikales Phrasengeplänkel am leichtesten die Köpfe verbrodt werden können. Nur tüchtig auf den Vorkämpferverband schimpfen und unsere Kameraden verleumden, dann ist der Spitzel sicher, als großer Held bejubelt zu werden. Wie lange soll dies Trauerspiel noch dauern?

Wie wir lebten.

Nicht die Geere unserer Kriegsgegner haben uns besiegt, sondern der Hunger. Wirtschaftlich waren wir auf den Krieg in keiner Weise vorbereitet. Das ergibt sich schon aus folgenden Angaben. Der Wert der Einfuhr an Rohstoffen, halbfertigen und fertigen Waren, Nahrungs- und Genussmitteln und lebenden Tieren nach Deutschland betrug im letzten Friedensjahre 1913: 11 638,3 Millionen Mark, der Wert der Ausfuhr 10 891,2 Millionen Mark. Der Einfuhrüberschuß betrug mithin 747,1 Mill. Mark. Allein an Nahrungs- und Genussmitteln und lebenden Tieren betrug der Wert der Einfuhr 1913: 3 353,2 Millionen Mark, der Wert der Ausfuhr aber nur 1 370 Millionen Mark. Der Einfuhrüberschuß betrug hier also 1 983,2 Millionen Mark. Durch die Blockade kam die Einfuhr zum weitesten größten Teil in Fortfall. Dazu kam ein immer größer werdender Ernteausfall. Die Ernte betrug in Deutschland (ohne Elsaß-Lothringen) in Millionen Tonnen:

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Woggen	12,5	10,2	9,1	9,0	7,0	8,0
Weizen	4,4	3,8	3,75	3,0	2,2	2,4
Gerste	3,5	3,0	2,5	2,3	2,0	2,2
Kartoffeln	52,8	44,7	52,3	24,6	34,4	29,4
Zuckerrüben	20,6	16,8	10,9	10,1	9,9	9,8

Tiefer außerordentlicher Ernährungsnotstand ist vor allem zurückzuführen auf den Mangel an Arbeitskräften, Düngern, Gevären, landwirtschaftlichen Einrichtungen usw. Auch die Wirtschaftslage hat natürlich entsprechend zurückgegangen, weil ja auch die Einfuhr von Kraftfuttermitteln unterbunden war.

So wurde der Mangel mit der Dauer des Krieges immer größer und in gleichem Maße wurde zur Einschränkung und Rationalisierung gezwungen. Durch den beherrschenden Einfluss der Schweinemord im Februar und März 1915 wurde unserer Ernährung noch ungeheurer geschadet. Mit Beginn des Jahres 1916 waren die wichtigsten Lebensmittel, Milch, Brot, Kartoffeln, Butter, Fleisch, Zucker usw. schon rationiert. Die Milchversorgung Bochums ging z. B. von 42 000 Liter täglich in der Vorkriegszeit, zeitweise auf 7 000 Liter zurück. So war es auch anderwärts. Durch Verwendung derartiger Gefäße zum Einkochen, kleiner Rührmengen, sowie starker Salze beim Einkochen, Abkochung zur Herstellung von Braunkohlensuppe usw. sind viele Vergiftungen, wenn auch meistens leichterer Natur, entstanden. Statt der notwendigen 3 300 Kalorien (Wärmeeinheiten) täglich, entfielen auf den Kopf der Bevölkerung seit Herbst 1916 nur noch 1 000—1 300.

Den Tiefstand erreichte die Ernährung in dem berüchtigten Stadtrabenwinter 1916/17. Der Mangel an Kartoffeln zwang zur Streckung mit Stadtraben. Die durchschnittliche Kartoffelmenge, welche wöchentlich auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben werden konnte, betrug im Bochum z. B. nur 3,36 Pfd. in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 30. Juni 1917. Zeitweise konnte wöchentlich nur 1 Pfd. Kartoffeln ausgegeben werden. Anderwärts war es noch schlimmer. Wehlich stand es auch mit der sonstigen Ernährung. Selbst die geringen Zulagen für Schwer- und Schwerfahrende und Kranke mußten auf das äußerste eingeschränkt werden. Dabei betragen diese Zulagen wöchentlich nur bis zu 1 1/4 Pfd. Brot und bis zu 100 Gr. Fett. Manchmal konnten aber selbst diese geringen Zulagen nicht einmal gegeben werden, weil nichts da war. Milch und Krankenlohn konnte nur in besonderen Notfällen gegeben werden. So blieb es nicht nur bis Kriegsende, sondern auch noch darüber hinaus, weil die Blockade weiter bestehen blieb. Wie wir uns durchkämpfen mußten, zeigt eine Zusammenstellung der Stadt Bochum, die wir nachstehend bringen. Dabei ist zu beachten, daß Bochum immer noch mit am besten versorgt war. Anderwärts war es noch viel schlechter.

Vom 1. Oktober 1916 bis 30. Juni 1917 wurden in der Stadt Bochum auf den Kopf der Bevölkerung an Lebensmitteln verteilt, ohne die Zulagen an Schwer- und Schwerfahrende, Kranke usw.:

	insgesamt	durchschnittlich pro Person
Brot	131,00 Pfd.	3,36 Pfd.
Mehl	12,60 "	0,32 "
Kartoffeln	144,00 "	3,69 "
Stadtraben	56,00 "	1,41 "
Fleisch	19,88 "	0,51 "
Fleischwurst	3,91 "	0,10 "
Butter	2,80 "	0,07 "
Margarine und sonstige Fette	2,81 "	0,06 "
Eier	33 Stück	0,85 Stück
Obst, Kunsthonig u. Syrup	7,50 Pfd.	0,19 Pfd.
Lebenswaren	3,70 "	0,09 "
Gruppen	5,20 "	0,13 "
Getreide	2,25 "	0,06 "
Geflügelprodukte	2,30 "	0,06 "
Sago	0,18 "	2,31 Gr.
Gewürze, Kartoffeln und Suppen	1,30 "	0,03 Pfd.
Suppenwürfel	3 Stück	0,08 Stück
Knochenbrüheextrakt u. Pulver	0,20 Pfd.	2,56 Gr.
Knoblauchpulver	3 Pakete	
Zucker	15,80 Pfd.	0,41 Pfd.
Dörrobst und Dörreier	2,00 "	0,05 "
Koffein	0,10 "	0,01 "
Getreide	2,50 "	0,06 "
Kohl- u. Rübenextrakt	3,00 "	0,08 "
Gerichte u. Marmeladen	1 Stück	0,03 Stück
Kaffee-Ertrag	0,25 Pfd.	3,20 Gr.
Obst	2,00 "	0,05 Pfd.
Räse	0,15 "	1,92 Gr.
Gemüsekonserven	1,00 "	0,03 Pfd.
Salzspeise	0,40 "	0,01 "
Chokoladenpulver	0,20 "	2,56 Gr.

Außerdem wurden noch während der angeführten 9 Monate insgesamt gegeben: Milch, trocken, 4 Büchsen jede Familie; Sterilisierte Milch, 1 Büchse jede Familie; Delfardinen, 1 Büchse jede Familie.

Aus diesen Lebensmittelmengen errechnen sich auf den Kopf der Bevölkerung rund 1200 Kalorien (Wärmeeinheiten) pro Tag; das ist noch nicht die Hälfte des Friedensbedarfs der armeren Bevölkerungsschichten, ganz zu schweigen von den übrigen. Die erwähnten Zulagen waren so gering, daß sie nur unwesentlich ins Gewicht fielen. Diese Berechnung gibt aber nicht einmal ein richtiges Bild über den Tiefstand unserer Ernährung. Zur richtigen Beurteilung müssen noch folgende Punkte in Betracht gezogen werden:

1. Das Ueberwiegen der Kohlehydrate gegenüber den Eiweißstoffen und Fetten;
2. Die Eintönigkeit der Ernährung, die durch die Unmöglichkeit ausreichender Abwechslung unter den wenigen zur Verfügung stehenden Nahrungsmitteln hervorgerufen wurde;
3. der große Mangel an Salz- und Würzstoffen. Nur Salz standen eigentlich nur Ingwer als Pfeffer-Ertrag und Lorbeerblätter zur Verfügung;
4. starke Herabminderung der Beschaffenheit der Nahrungsmittel infolge schlechterer Rohstoffe, sowie Fälschungen und minderwertige Ersatzstoffe aller Art.

Um den Mangel an Eiweißstoffen und Fetten zu beheben und damit angereicherte Rohstoffe verwertbar zu machen, haben Technik und Wissenschaft alles mögliche getan und versucht. Vorwiegend grösster Art wurden gemacht, wie z. B. künstliche Fälschung von Mägen, um deren Fett zu gewinnen, usw. usw. Leicht verderbliche Rohstoffe wurden durch Trocknung usw. in Dauernahrung verwandelt (Dörreier, Kartoffelmehl, Maltoseflocken, Mähren, Stadtraben usw.). Durch Entfeuchtung des Getreideforns gelang es die im Mehl angereicherten Eiweiß- und Fettstoffe zu gewinnen. Ranziges Fett wurde durch ein chemisches Verfahren wieder brauchbar gemacht. Steinölbrenner sowie Bunker wurden ausgepreßt und Speisöl daraus gewonnen. Bierhefe, die bisher nur zur Schweinemast benutzt wurde, gelang es von ihren Bitterstoffen zu befreien und in ein trockenes Pulver von circa 50 Proz. verdaulichen Eiweißstoffen zu verwandeln.

Im ganzen betrachtet gelang es jedoch nicht, den Mangel an Eiweiß- und Fettstoffen auch nur zu mildern, geschweige denn zu beheben. Das Fleisch war sehr fettarm infolge der schlechten Fütterung. Das Brot hatte einen hohen Rohfasergehalt infolge der starken Ausmahlung des Getreides bis zu 96 Proz. Zudem wurde die Unbekömmlichkeit des Brotes noch oft gesteigert durch die schlechte Beschaffenheit fehlerhaft hergestellten und behandelten Mehles. Das Brot war oft so muffig, daß es nicht zu genießen war. Butter hatte oft bis zu 65 Proz. Wassergehalt. Speiseöle waren mit 20 und mehr Prozent Mineralöl vermischt. Pfeffer enthielt bis zu 90 Proz. Schweißemehl. Bouillonwürfel enthielten bis zu 95 Proz. Salz und 5 Proz. Knochenextrakt. Speise-Gelatine wurde durch gewöhnlichen gepulverten Tischlerleim ersetzt. Fälschungspulver bestand aus parfümierter, rot gefärbter Schlemmkreide, Eiweißpulver aus Parfüm aus Kreide und Leim, Backpulver aus dem Abfall der Salpeterminerie. Kunst-Himbeergelee bestand aus 2,8 Gramm Kochsalz, 0,06 Gramm Weinsäure, 0,1 Gramm Farbstoff. Von drei der zahlreich auftauchenden Ersatzartikel war mindestens einer minderwertig oder ohne jeden Gebrauchswert.

Je größer der Mangel wurde, umso mehr blühte der Schwindel, wodurch sich die Lage vor allem der heillosen Bevölkerungsschichten noch unerträglich gestaltete. Was im Fleischhandel gekauft werden konnte, war ebenfalls meist minderwertig und obendrein wahnsinnig teuer. So kam es zum anderen und machte den schließlichen Zusammenbruch unvermeidlich. Verursacht ist derselbe durch diejenigen Kreise, denen jede Voraussicht mangelte, die obendrein unsere Kräfte ebenso überlasteten wie sie die der Gegner unterschätzten, und die aus der Not des Volkes rücksichtslos Kapital schlugen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Provincial-Fleischstelle für Westfalen.

Von Vertretern der Bergarbeiterverbände ist die Geschäftsstelle Göttersloh besucht und so befunden worden, wie nachstehend geschildert wird. Anlagen und Verarbeitung entsprechen in jeder Beziehung den gestellten Anforderungen.

Im Januar 1917 wurde von der Reichsfleischstelle angeordnet, daß die Herstellung der Wurstzulagen für die Schwer- und Schwerfahrende und Bergarbeiter unter Tage, die bis dahin von der Reichsfleischstelle in besonderen Betrieben vorgenommen wurde, von den zuständigen Provinzialfleischstellen selbst übernommen werden mußte. Von der Provinzialfleischstelle Münster wurde neben der Firma Heint. Ludm. Hoppenburg in Rheda, welche bis dahin im Auftrage der damaligen J. C. G. gearbeitet, die bekannte Firma Vogt & Wolf, A.-G., Göttersloh, mit der Wurstherstellung beauftragt. Im Zweck der geschäftlichen Abwicklung wurde in Göttersloh eine besondere Geschäftsstelle eingerichtet. Die Leitung dieser Geschäftsstelle übernahm Herr Landrat Klein, Wiedenbrunn, während die Geschäftsführung Herrn Fleischwarenfabrikanten Heint. Gutzmann, Göttersloh, übertragen wurde. Die Wurstzulagen wurden

anfangs ausschließlich aus den von der J. C. G. eingeführten Auslandsinhalten hergestellt. Um einen besseren Geschmack der Wurst zu erzielen, verfügte die Provinzialfleischstelle Münster, sogenanntes Stroh, durch die Wurstherstellung mit zu verwenden. Durch den Zusatz des Stroh durch anfallenden frischen Innereien wurde erreicht, daß der Geschmack der Auslandsinhalten erheblich gemildert wurde. Durch Verwendung des anfallenden Fleischfettes war außerdem die Möglichkeit der Herstellung von Fleischwurst und Zungenwurst gegeben, wodurch eine wichtige Abwechslung in der Belieferung geboten wurde. Durch die mittels Aufschaben vorgenommene Entfaltung der beim Entkochen des Fleischfettes anfallenden Knochen wurde ein vorzügliches Knochenfett gewonnen, welches dann dem Wurstgut unmittelbar zugesetzt wurde. Zur Verarbeitung der an sich außerordentlich fettarmen Auslandsinhalten war gerade dieser Fettzufluß von großem Wert.

Während in den Wintermonaten die Leber- und Wurstwurst gern genommen wurde, kamen in den besonders heißen Sommermonaten hier und da auch mal Klagen über die Beschaffenheit der Wurst vor, die in fast allen Fällen darauf zurückzuführen waren, daß die Wurst auf dem Transport etwas schmierig geworden war. In vielen Fällen konnte festgestellt werden, daß die gerügten Mängel durch unangemessene Aufbewahrung der Wurst bei den Empfängern bzw. den Verteilungsstellen hervorgerufen waren. Während bis zu Anfang des Jahres 1920 die Zulagen an lebendem Fleisch regelmäßig erfolgten, stieg infolge der unangemessenen Preispolitik die Viehzufuhr in den Monaten Februar, März, April 1920 fast vollständig. Die Folge davon war, daß zur Herstellung der für die Zulagen erforderlichen Mengen Leber- und Wurstwurst fast ausschließlich nur Auslandsinhalten zur Verfügung standen. Ganz besonders machte sich bei der Wurstherstellung der Mangel an Fett und geeigneten Bindemitteln (Schweinefleischwaren usw.) bemerkbar. Um die notwendige Menge Wurst herzustellen und um einen Ersatz für die fehlenden Bindemittel zu haben, war man gezwungen, einen, wenn auch nur geringen, Prozentsatz Buchweizenmehl zu verwenden. Da nur hochprozentig ausgewaschenes Mehl zur Verfügung stand, wirkte dieses Bindemittel auf die Qualität der Wurst nicht gerade günstig ein. Aus diesen Ausführungen ergeben sich die Schwierigkeiten, die bei der Wurstherstellung zu überwinden waren, die aber den Konsumenten nicht bekannt sein konnten.

Durch die jetzt erfolgte Neuregelung, derzufolge die Reichsfleischstelle zur Herstellung der Wurstwaren neben den Auslandsinhalten große Mengen an Schweine- und Rindergefleisch zur Verfügung stellt, ist die Möglichkeit gegeben, bei der Herstellung von Wurst- und Leberwurst neben dem anfallenden Knochenfett 30—35 Proz. Schweinefleisch zu verwenden und der Fleischwurst, die bis dahin ausschließlich aus Rindfleisch hergestellt werden mußte, circa 25 Proz. Schweinefleisch zuzusetzen. Außerdem kann nun eine Dauerwurst (Wurstwurst und Wurstwurst) hergestellt werden, die der Friedenswurst fast gleichkommt.

Wesentliche Bedeutung für die Herstellung der Wurstzulagen aus ausländischen Innereien hat, beweist am besten der Umstand, daß dadurch unserer Volkswirtschaft größere Mengen Großfleisch erhalten blieben. Es wurden nämlich in der Zeit vom 1. Februar 1917 bis heute etwa 8 Millionen Pfund Auslandsinhalten verarbeitet. Wenn man annimmt, daß das Schlachtgewicht der Rinder durchschnittlich höchstens 250 Pfund betragen hat, so ergibt sich, daß 22 000 Stück Großfleisch der Provinz Westfalen erhalten blieben. Es darf angenommen werden, daß von diesen mindestens die Hälfte für die Milchkühe in Frage gekommen wäre. Da wohl mit einer Ausnahme von 5 Rindern je Tier täglich geschlachtet werden darf, würde das einen Milchertag von 80 000 Liter täglich ergeben haben. Es konnten mithin circa 160 000 Kinder mehr mit je 1/2 Liter Milch versorgt werden.

Während bis zum November 1918 die Geschäftsstelle sich lediglich mit der Ueberwachung der Herstellung und mit der Verteilung der Wurstwaren beschäftigte, wurde die Tätigkeit später durch Uebernahme, Lagerung und Verteilung der Konserven aus Getreidebeständen bedeutend erweitert. Es wurden aus den Lagern der Provinzialmühle Becken-Weizen, Roggen, Weizen, Hafer, A. D. Soale, Magdeburg, Erfurt, Paderborn, Hannover, Lüneburg und Braunschweig insgesamt 4 024 410 Pfund übernommen. Trotz der unruhigen Zeiten ist es möglich gewesen, diese restlos in gutem Zustande nach Göttersloh zu überführen.

Die Entladung konnte hier in sachgemäßer Weise erfolgen, weil die außerordentlich großen Kistler der hiesigen Göttersloher Brauerei zur Verfügung standen. Diesem Umstand ist es auch wohl in erster Linie mit zu verdanken, daß nur eine ganz verhältnismäßig geringe Menge Wäulen später von dem Empfänger als beschädigt reklamiert wurde. Insgesamt ist der sonst lästige Ausfall von 2 Proz. der durch Beschädigung der Wäulen entsteht, nicht überschritten, ist nicht einmal erreicht worden. Diese Fleischkonserven sind dann im Laufe der Zeit notwendigerweise kommunalverkauft als Ersatz von Fleischfleisch zugeteilt worden und haben dadurch in der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch außerordentlich große Dienste geleistet.

Eine ganz bedeutende Erweiterung der Tätigkeit erhielt die Geschäftsstelle im April 1919 durch die Bewirtschaftung der von Amerika ankommenden Schweinefleisch-Produkte. Die Zentralisation auch der Speckverteilung wurde in erster Linie erforderlich, um eine einheitliche Festsetzung der Neugewichte und eine gleichmäßige Verteilung vornehmen zu können. Die Schweinefleischprodukte wurden nämlich in den verschiedenen Aufmachungen angeliefert, und zwar teils in halben Schweinen, Mägen, Speck, Vorderbein, Hinterbein, Hinterbein, Vorderbein usw. Würde die Verteilung an die einzelnen kommunalverkauften direkt ab Rottendorf oder ab Seiten Zwickau erfolgt sein, so hätte es zutreffen können, daß bestimmte Gemeinden nur mit Schinken, Vorder- und Hinterbein, also nur mit Magerfleisch beliefert worden wären, während andere Gemeinden unter Umständen ausschließlich die fetteren Stücke erhalten hätten. Durch die Zentralisation war es möglich, ausgleichend zu wirken, und vor allen Dingen konnte dadurch erreicht werden, daß den Bergarbeitern ausschließlich fette, knochenloser Speck zugeteilt wurde. Die zentrale Bewirtschaftung hat auch auf die Preisgestaltung außerordentlich günstig gewirkt, was es doch möglich, in der Provinz Westfalen den Speck während acht Aufschüttungen um 15 Pf. je Pfund billiger zu liefern als in allen anderen Provinzen.

Daß auch die Speckverteilung nach Göttersloh verlegt wurde, ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß einmal die geeigneten Räumlichkeiten und die erforderlichen Sachleute zur Verfügung standen, und daß dort eine Auslandsfleischstelle vorhanden war, der circa 100 in Göttersloh und Umgebung anfallende Fleischwaren unterstanden, und daß ferner die Möglichkeit vorhanden war, aus den benachbarten Kreisen weitere 100 Fleischwaren zur Mitarbeit heranzuziehen. Daß die zentrale Bewirtschaftung der Fleisch-, Fett- und Wurstwaren durch die Provinzialfleischstelle nicht preisversteuernd gewirkt hat, geht aus den nachstehenden nachzuweisenden Handlungsumfassen hervor. Im ersten Geschäftsjahre betrug der Umsatz 15 Millionen Mark, die Handlungsumfassen 24 791,05 Mk. = ein Sechstel Proz., im zweiten Geschäftsjahre 16 Millionen, die Handlungsumfassen 42 284,15 Mk. = circa ein Viertel Proz., im dritten Geschäftsjahre bei gleichem Preis 115 Millionen, die Handlungsumfassen einsechzig, der Ausgaben für Sicherheitsmaßnahmen 11 839,06 Mk. = noch nicht ein Zehntel Proz.

Eine neue große Aufgabe ist neuerdings der Provinzialfleischstelle durch die Verpflichtung auferlegt worden, für die bessere Fleischversorgung der Arbeiter aus Mangel des Abkommens von Spa über die Kostentragung zu sorgen.

Während bisher nur die beiden vorerwähnten Fabriken Vogt & Wolf, A.-G., Göttersloh, und S. L. Hoppenburg, Rheda, mit der Wurstherstellung beauftragt waren, sind jetzt 10 weitere Fabriken zur Mitarbeit herangezogen.

Die Heranziehung der im Industriegebiet liegenden Wurstfabriken ist dadurch möglich geworden, daß seit einiger Zeit die Uebernahme der Auslandsinhalten durch unsere Sachverständigen im Zustande erfolgt, und weil zur Herstellung der Fleischwurst, wie eingangs schon bemerkt, nunmehr Schweinefleisch zur Verfügung steht, welches den Fabriken leichter zugeführt werden kann, als Stroh.

Es ist beabsichtigt, die Eingabe von Wurst in Zukunft in der Hauptsache in den Industriegebiet liegenden Fabriken anfertigen zu lassen, während die Herstellung der Dauerwaren in den altbekannten großen westfälischen Fleischwarenfabriken erfolgen soll, die eine Gewähr dafür bieten, daß nur gute Ware zum Versand kommt.

Die vorstehenden Ausführungen dürften genügen, um zu zeigen, daß die Provinzialfleischstelle Münster mit ihrer Geschäftsstelle in Göttersloh mit Erfolg bemüht gewesen ist, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, die Versorgung der Provinz Westfalen mit Fleisch zu erleichtern.

Aus unseren Rechtsabteilungen.

Wer hat die Leihen-Transportkosten für Berunglückte zu tragen?

Bei dem größten Grubenunglück am 10. April 1920 auf der Zeche Bruch & Co. in Langendreer verunglückten aus einer Familie Vater und Sohn. Während der ersten sofort tot war, wurde der 22-jährige Sohn nach dem von der Unfallstelle und der Wohnung der Familie etwa 10 Kilometer entfernten Krankenhaus „Vergamnschheit“ gebracht.

Wohlfühl er dann nach einigen Stunden seinen Verletzungen erlag. Die Frau und Mutter wollte selbstverständlich Vater und Sohn ganz neben einander beerdigen und ließ darum die Leiche mit einem Wagen nach Langenbrenner zum Friedhof holen, was 106 Mark Kosten verursachte. Während sonst die meisten Leichen der größeren Unglücken die gesamten Kosten der Beerdigung tragen, weigerte sich in diesem Falle die Bege Bruchstraße die Leichentransportkosten zu übernehmen.

Auch die Knappschafts-Berufsgenossenschaft Sektion II zu Bochum lehnte die Übernahme dieser Kosten ab und verwies die Frau an die Armenverwaltung. Die Unfallkasse habe das gesetzliche Sterbegeld gezahlt und mehr könne sie mangels gesetzlicher Mittel nicht tun.

Auf erhobene Beschwerde entschied das Reichsversicherungsamt unterm 16. August 1920 (Kittenzetten I 11 1215 - 201), daß das Verfahren der Berufsgenossenschaft nicht zu beanstanden und das Reichsversicherungsamt deshalb nicht in der Lage sei, zugunsten der Hinterbliebenen etwas zu veranlassen.

Danach ist also der Transport der Leichen verunglückter Angehörigen zum Friedhofe des Wohnortes der Familie entweder aus dem Sterbegeld oder aus eigenen privaten Mitteln der Hinterbliebenen zu bestreiten oder aber die Hinterbliebenen müssen auf die Beerdigung an ihrem Wohnort verzichten.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Deutschlands Kohlenförderung.

Die amtlichen statistischen Erhebungen geben über die Entwicklung der Kohlenförderung Deutschlands ohne die abgetrennten Gebiete und ohne das Saargebiet und die Pfalz, aber unter Einschluß Oberschlesiens im Vergleich zu früheren Jahren folgendes Bild. Im Juli wurden gefördert in 1000 Tonnen:

	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Steinkohlen aus	Braunkohlen aus
				Steinkohlen	Braunkohlen
1920	11 509,3	2 234,9	2 221,4	450,3	2 079,5
1919	9 018,2	8 492,6	1 933,5	380,5	1 787,7
1918	12 976,9	9 126,1	2 013,3	496,1	2 232,1
1917	13 448,6	8 235,1	2 903,2	472,5	1 973,1
1916	15 603,8	7 508,5	2 570,4	524,1	1 905,9

Ein Vergleich der gesamten Förderung während der Monate Januar bis Juli im Jahre 1920 mit den Vorjahren zeigt folgende Ergebnisse (in 1000 Tonnen):

	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Steinkohlen aus	Braunkohlen aus
				Steinkohlen	Braunkohlen
1920	78 890,2	61 430,8	13 855,2	2 680,5	13 340,8
1919	58 261,8	52 035,3	11 412,0	2 184,1	10 811,9
1918	90 666,5	60 220,5	19 597,0	3 248,0	14 179,7
1917	86 957,3	53 456,8	18 749,8	2 958,1	12 218,9
1916	100 274,8	49 408,7	17 644,0	3 403,1	12 209,7

Aus der Gegenüberstellung, die auch für die früheren Jahre die Förderung Elsaß-Lothringens, des Saargebietes und der Pfalz nicht mehr enthält, ergibt sich, daß die Kohlenförderung im Juli sowohl wie in der Gesamtheit der ersten sieben Monate dieses Jahres gegen das Vorjahr ganz erheblich zugenommen hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kohlenförderung im vergangenen Jahre infolge der Streikwellen, die durch ganz Deutschland gingen, schwer betroffen war. Wie weit wir noch von der Friedensleistung entfernt sind, zeigt ein Vergleich der obersten Zahlen jeder Tabelle mit denen der letzten aus dem Jahre 1913. Wir haben zwar eine nicht unbeträchtliche Zunahme der Förderung an Braunkohlen, deren Leistung hinter der Steinkohle weit zurückbleibt, dagegen haben wir an Steinkohlen noch nicht drei Viertel der Friedensproduktion erreicht. Im Werte dieser Zahlen sind die Kohlenlieferungen an die Entente mit 2 Millionen Tonnen monatlich geradezu drückend. Die Steigerung der Kohlenförderung bleibt also die Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft.

Kann uns die Braunkohle retten?

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 31. August 1920 veröffentlicht einen Aufsatz eines deutschen Korrespondenten über die Kohlenförderung Deutschlands und die Wirkung des Spa-Abkommens auf dieselbe, worin behauptet wird, daß Deutschland bei weit stärkerer Verwendung von Braunkohlen über einen erheblichen Teil seiner Schwierigkeiten hinwegkommen könnte, mit anderen Worten, daß es das Spa-Abkommen erfüllen könne, ohne seine Industrie allzusehr zu schädigen.

Diese Ansicht ist offenbar von keiner Sachkenntnis getrieben. Die Braunkohlenförderung läßt sich allerdings leichter steigern wie die Steinkohlenförderung, schon weil hier mehr Arbeiter durch Maschinenkraft ersetzt werden können. Das ist auch geschehen. So betrug die deutsche Braunkohlenförderung von Januar bis einschließlich Juli 1920 61 430 266 Tonnen. Sie ist mithin gestiegen um 12 030 566 Tonnen gleich 24,1 Proz. Die deutsche Steinkohlenförderung hat sich in der gleichen Zeit verringert von 110 776 039 Tonnen auf 78 890 165 Tonnen oder um 37 376 874 Tonnen gleich 33,7 Proz.

Die Braunkohlenförderung ist also selbst gegen das Spa-Abkommenjahr 1913 noch erheblich gesteigert worden. Wenn die Braunkohle der Steinkohle auch nur annähernd gleichwertig wäre, dann ließe sich hier in absehbarer Zeit ein Ausgleich schaffen. Aber das ist ja leider nicht und das hat der deutsche Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ offenbar völlig übersehen, sonst hätte er nicht zu der Ansicht kommen können, daß Deutschland das Spa-Abkommen erfüllen könne, ohne seine Industrie allzu sehr zu schädigen. Eine Steinkohle hat etwa den dreifachen Heizwert wie gewöhnliche Braunkohle. Es würde sich dabei also nicht lediglich um eine Frage der Förderleistung handeln, sondern vielmehr um eine Frage der Transportmittel und der Heizflächen.

Um den durch das Spa-Abkommen bedingten Ausfall von monatlich 2 Millionen Tonnen Steinkohlen auszugleichen, wäre eine Steigerung der Braunkohlenförderung um mindestens 7 Millionen Tonnen monatlich, gleich 84 Millionen Tonnen jährlich erforderlich. Bei gleicher Förderung wie in den ersten sieben Monaten wird die Jahresförderung an Braunkohle für 1920 105 324 456 Tonnen erreichen. Diese Jahresförderung müßte auf 189 324 456 Tonnen, gleich 79,7 Proz., gesteigert werden, um den durch das Spa-Abkommen bedingten Ausfall an Steinkohlen zu decken. Im gleichen Verhältnis müßten aber auch die Verkehrsmittel erweitert werden, um die größeren Braunkohlenmengen zu transportieren. Ebenso müßte die Heizfläche entsprechend vergrößert werden. Alle Anlagen, die auf Steinkohle eingerichtet sind, wären unbrauchbar und müßten erneuert werden.

In einer Zeit beispiellosen Aufstieges von 1906—1913 stieg die deutsche Braunkohlenförderung von 66 235 189 auf 87 116 313 oder um 30 881 124 Tonnen, gleich 54,9 Proz. Auch während und nach der Kriegszeit ist die deutsche Braunkohlenförderung weiter gestiegen und werden wir 1920 voraussichtlich eine Jahresförderung von 105 324 456 Tonnen erreichen. Gegen 1913 bedeutet das eine Steigerung von 18 208 113 Tonnen, gleich 20,9 Proz. Diese schon äußerst hohe Braunkohlenförderung läßt sich nicht im Geringsten weiter um 80 Proz. steigern, wogegen in der Vergangenheit etwa 11 Jahre notwendig waren. Diese Entwicklung läßt sich nicht so ohne weiteres überspringen. Es kann zudem nicht alles mit Maschinenkraft geleistet werden, es sind auch Arbeiter notwendig, für die Unterkünfte und was sonst zum Leben gehört, beschafft werden muß. Wie denkt sich der deutsche Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ mit dieser Tatsache abzufinden?

Es ist zudem ganz ausgeschlossen, daß unsere Verkehrsmittel unter den obwaltenden Verhältnissen in dem notwendigen Maße erweitert werden können. Auch in der Friedenszeit hatten wir alljährlich mit Wagenmangel zu rechnen. Selbst in Krisenzeiten mußte im Vergleich wegen Wagenmangel gesteuert werden. Zu Zeiten der Kohlenknappheit steigerte sich der Wagenmangel oft sogar zu Landplagen. In den Parlamenten sowohl wie auch in der Presse gab es oft stürmische Auseinandersetzungen. Die Eisenbahnverwaltung versprach dann alles, was verlangt wurde, aber an dem Wagenmangel änderte sie nichts. So war es unter normalen Verhältnissen. Die Eisenbahnverwaltung war nicht imstande, den wachsenden Anforderungen des Verkehrs zu entsprechen. Wie sollen da jetzt unter anomalen Verhältnissen die Verkehrsmittel plötzlich so außerordentlich gesteigert werden können? Das soll uns der deutsche Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ einmal klarlegen.

Wie soll man erst die Umstellung der Industrie auf Braunkohle sich so schnell vorstellen? Alle Maschinen, die auf Steinkohlen eingestellt sind, müssen erneuert und entsprechend der geringeren Heizkraft der Braunkohle vergrößert werden. Hier ergeben sich Kosten und Schwierigkeiten, die nicht zu übersehen, geschweige denn ohne weiteres zu tragen sind. Eine Industrie muß sich doch langsam auch reorganisieren. Jeder

Schornstein raucht nur vom Profit. An dieser Tatsache ist nicht vorbeizukommen, auch dann nicht, wenn die ganze Industrie sozialisiert wird. Auch hier soll uns der deutsche Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ einmal sagen, wie es gemacht werden soll.

Nach alledem ist der Aufsatz dieses Korrespondenten so bedenkenlos wie möglich. Und doch hätte er es leicht gehabt, sich zu unterrichten und den Dingen auf den Grund zu gehen. Das hat er nicht getan, sondern einfach bedenkenlos drauflos geschrieben. Offenbar handelt es sich um einen Jelenreiter gewöhnlicher Sorte, dem das Zeilenhonorar höher steht wie die Wahrheit und das deutsche Interesse, wenn man nicht noch schlimmeres annehmen will. Und mit solchem Pöbel muß man sich herum-schlagen.

Geleitzgebung und Verwaltung.

Zwei Vorschläge zur Sozialisierung des Bergbaues.

Nach dem Reichswirtschaftsministerium soll es nicht möglich sein, den Bericht der Sozialisierungskommission in kurzer Zeit zu veröffentlichen. Der Presse ist darum ein Auszug übermittelt worden, worin es u. a. heißt:

Der Kohlenbergbau als die wichtigste Grundlage aller industriellen Produktion hat nach der Revolution zuerst den Versuch einer gemeinschaftlichen Regelung erfahren durch das Kohlenwirtschaftsgesetz vom 23. März 1919 und seiner Ausführungsbestimmungen. Die amtlichen Kohlenhöflichkeit wurden zu einem einheitlichen Zentralverband im Reichskohlenverband zusammengefaßt und über dieses noch ein Fachparlament, der Reichskohlenrat, gesetzt. Dieser trat jedoch nach innen und außen wenig in die Erscheinung und gegenüber den gesellschaftlichen Kreisen der im Reichskohlenverband vereinigten Kohlenproduzenten und Händler erwiesen sich auch nach allgemeiner Auffassung die Einspruchsrechte des Reichswirtschaftsministeriums z. B. gegen Kohlenpreiserhöhungen auf die Dauer als unzulänglich. Die dem Reichskohlenrat abzuwehrenden Gesetzentwürfen des Reichswirtschaftsministeriums dadurch abzuwehren, daß er den Reichskohlenverband auflösen und seine Rechte dem Reichskohlenrat übertragen und in dessen Zusammensetzung den Einfluß der Verbraucher verstärken wollte. Infolge der Reichstagsneuwahlen gelangte aber dieser Vorschlag im Reichskohlenrat nicht mehr zur Entscheidung.

Im diese vereinfachte Organisation, welche den Reichskohlenrat und das von ihm zu bestellende Direktorium zum Träger der gesamten Kohlenwirtschaft macht, knüpft ein Vorschlag (Kathenau) der Sozialisierungskommission an. Wesentlich ist, daß nicht wie immer der Verbrauch der Kohlen auf Rechnung der Werke statte. Nach diesem Vorschlag soll jede Bege ihre Förderung zu dem buchmäßig festgelegten Selbstkostenpreis dem Reichskohlenrat überlassen, der das alleinige Kohlenengroßhandelsmonopol erhält und die Verkaufspreise seinerseits festsetzt. Außer den Aufwänden der Selbstkosten einschließlich angemessener Abschreibungen und Rückstellungen zahlt der Reichskohlenrat den Zeichenbesitzern

1. Die Zinsen und Tilgungsquoten der auf den Unternehmungen lastenden Schulden.
2. Die Zinsen und Tilgungsquoten für Neuinvestitionen.
3. Die normalen festen Zinsen für das in dem Betrieb arbeitende verantwortliche Kapital.
4. Prämien für geleistete (und entsprechende Abzüge für schuldhaft vermindernde) Produktivität jedes Werkes, sowie auch für soziale Verbesserungen.

Entsprechende Prämien erhalten auch Arbeiter und Angestellte. Verbesserungen kann der Reichskohlenrat von den Zeichenbesitzern verlangen, oder die Werke können sich die vorzunehmenden Anlagen vom Reichskohlenrat genehmigen lassen, wobei dann entweder der Reichskohlenrat oder der Unternehmer die nötigen Beiträge zur Verfügung stellt. Um aber der Privatinitiative noch freieren Spielraum zu lassen, darf der Unternehmer auch gegen den Reichskohlenrat auf eigene Risiko Investitionen durchführen, die, wenn sie sich bewähren, in bester Weise die vorher genannte Anlagen ergänzen, indem sie zum Beispiel das betreffende Werkes angereichert werden müssen. Durch diese Bestimmungen verliert der Unternehmer jedes Interesse eines Abschreibens des Aufwandes, da Handel und Wandel seinen ihm völlig entzogen worden sind. Auch zu hohe Selbstkosten können ihm nichts nutzen, da seine Werke von den Zeichnern des Reichskohlenrats gepachtet werden. Der einzige Weg, der ihm zur Veräußerung seines Gewinns bleibt, ist Verbesserung seines Betriebes in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Das Profitinteresse des Unternehmers, das bisher unsere Wirtschaft trieb, bleibt nach Antritt dieses Vorschlages aufrecht erhalten, kann sich aber nur mehr in der Richtung des allgemeinen Interesses auswirken.

Bei dieser Organisation will es der rechte Flügel der Kommission, bestehend aus den Herren von Siemens und Vogelsheim, bis auf weiteres beibehalten lassen. Die übrigen acht Unterzeichner des Vorschlages aber gehen weiter, und auch Herr v. Batocki schließt sich unter Vorbehalt von Bedenken, die er mit den vorgenannten Herren teilt, ihnen an. Sie betrachten die gezeichnete Regelung nur als Provisorium, dem in belien 30 Jahren eine Vollsozialisierung folgen solle, in der Voraussetzung, daß sich bis dahin eine sozialwirtschaftliche Gestaltung zur ausreichenden Tragfähigkeit gestaltet haben wird. Die Ueberführung in die öffentliche Hand soll so gestaltet werden, daß in der Zwischenzeit ein Tilgungsfonds aus den Einnahmen der Kohlenwirtschaft angesammelt wird. (Während Professor Weber entsprechend dem nächsten Vorschlag die Tilgung wenigstens teilweise durch Ausgabe von Obligationen vornehmen will.)

Die Vollsozialisierung will ein anderer Vorschlag (Prof. Lederer) nicht erst nach einem Menschenalter, sondern sofort herbeiführen durch Enteignung der Grubenbesitzer. Kleinerer Träger aller Befugnisse auf dem Gebiete des Kohlenbergbaues soll die Allgemeinheit sein, vertreten durch den gemeinsamen Wirtschaftsrat der Deutschen Kohlegemeinschaft und deren Organisationen: Reichskohlenrat und Reichskohlenrat. Damit steht im Gegensatz zum 1. Vorschlag auch die Einziehung der Betriebsleiter und die Verantwortung für den täglichen Betrieb auf den Reichskohlenrat bzw. das Reichskohlenratdirektorium über. Ein Produktivitätsprämienfonds als Anreizmittel besteht auch hier, aber nur für Betriebsleiter, Angestellte und Belegschaften. Eine Verstaatlichung mit ihren Gefahren des Stalinsismus und der Bürokratie findet nach Ansicht dieses Vorschlages nicht statt. Im Gegenteil sollen auch die bestehenden staatlichen Zeichen durch Uebertragung auf die Kohlegemeinschaft enteignet werden. Die Geschäftsführung der Kohlegemeinschaft geschieht kaufmännisch, nicht nur durch Beamte, sondern durch Angestellte.

Der erste Vorschlag ist unterzeichnet von den Herren Baltrusch, v. Batocki, Cohen, Krämer, Melchior, Neufeldt, Rathenau, v. Siemens, Vogelsheim, Weber, Willig, der letzte Vorschlag von den Herren Braun, Ackerling, Hue, Kaufmann, Kautsky, Kuczynski, Lederer, Vindemann, Umbreit, Werner, von welchen die Herren Hue, Kaufmann, Vindemann, Umbreit, und Werner im Falle der Ablehnung ihres Vorschlages dem ersten Vorschlag als Eventualantrag beitreten. Angefügt sind Sondermeinungen der Herren v. Batocki, Vindemann, v. Siemens, Vogelsheim, Weber, deren Inhalt zum Teil schon erwähnt wurde. v. Batocki, Vogelsheim und v. Siemens weisen außerdem auf die Wichtigkeit und Schwierigkeiten einer genauen Ausarbeitung des Präminensatzes hin, der auch alltägliche Verbesserungen berücksichtigen muß. Herr Vindemann will dem Reichskohlenrat eine unabhängige und selbständige Stellung auch gegenüber dem Reichskohlenrat geben und es dem Reichskohlenrat erlauben lassen. Herr Krämer behält sich Stellungnahme zu Einzelheiten im Reichswirtschaftsrat vor.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

„Metallarbeiter-Zeitung“ gegen die Betriebsrätezentrale.

Das zweifelhafte Spiel der „revolutionären“ Betriebsräte-Phraseologie beleuchtet die „Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 31 vom 31. Juli 1920. Sie knüpft an die künftige Kampfpapier der Berliner Betriebsrätezentrale gegen die Gewerkschaften und betont:

Kein Paar bleibt übrig. Reaktionäre Gewerkschaften! Konterrevolutionäre Gewerkschaften! Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsverband und Afa in den Arbeitsgemeinschaften! Währen sind die von den Gewerkschaften zusammengefaßten Betriebsräte Werkzeuge der Arbeitsgemeinschaften! Die den Arbeitsgemeinschaften angehörenden Gewerkschaften stehen auf einer Stufe mit den Gelben usw. So geht es fort in „logischen“ Burgen. Und da der Deutsche Metallarbeiterverband mit dem A. D. G. B. und der Afa den gemeinsamen Standpunkt vertritt, daß die Zusammensetzung der Betriebsräte durch, resp. innerhalb der Gewerkschaften zu erfolgen hat, so werden auch wir mit allen anderen auf den Scheiterhaufen der Betriebsrätezentrale geschleppt! Richard Müller führt als erster das General!

Und am Schluß der Betrachtung läßt sich die „Metallarbeiter-Ztg.“ die bekanntlich auch auf ihre revolutionäre Stimmung baut, wie folgt aus:

„Doch betrachten wir einmal die Verfechter der Betriebsrätezentrale in ihrer ganzen Konsequenz.“ Wenn sie den Namen Karl Legien oder vom A. D. G. B. hören (dem sie, nebenbei bemerkt, selbst als Mitglieder angehören, soweit sie freigeberisch organisiert sind), geraten sie schon ganz aus dem Häuschen und beteuern sich. Nur nicht mit Leuten aus dem A. D. G. B. zusammen. Das ist Verrat am Sozialismus, konterrevolutionär, reaktionär usw. Da lohnt es sich, mal nachzuschauen, mit wem denn die Verfechter einer selbständigen Betriebsräteorganisation die Revolution zum Siege führen, den Sozialismus verwirklichen wollen. „Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Körper in den Himmel springt.“ Denn die Betriebsrätezentrale rühmt sich, alle Betriebsräte, gleich ob A. D. G. B., U. S. V., D. M. V., Zenträler, Demokraten, Kirche oder gar geistlich Angehörte in der „Einheitsorganisation“, der selbständigen Betriebsräteorganisation zu vereinen. So käme das Proletariat zu einheitlicher Aktion usw. Das ist natürlich blühender Unsinn. Doch er wird verzapft. Halten wir die „Logik“ fest! Mit Karl Legien und dem A. D. G. B. kommt man nicht zum Sozialismus, identifiziert sich mit den Arbeitsgemeinschaften usw., doch mit den wütendsten Gegnern des Sozialismus (Christlichen, Kirche-Underrichtern usw.), die, nebenbei bemerkt, auch wärmere Verfechter der Arbeitsgemeinschaften sind, sehr man sich zusammen und rühmt sich seiner Tat.

Wir sind der festen Hoffnung, daß alle Kollegen sehr bald das Trauerpiel erkennen, das seitens der Betriebsrätezentrale mit ihnen getrieben wird.“

Dieses Urteil ist nicht gerade schmeichelhaft; es ist jedoch immer wieder daran zu erinnern, daß die U. S. V. -Leute von der „Metallarbeiter-Zeitung“ ganz anders reden, als sie noch Arm in Arm mit Richard Müller von der Betriebsrätezentrale gegen den alten Verbandsvorstand loszogen.

Gegen die Betriebsorganisationen.

Die Syndikalistisch-kommunistische „Unionen“ oder Betriebsorganisationen sind nur gelber Kalk und führen nicht zur Macht, sondern zur Schwächung der Arbeiterkraft. Dagegen wandte sich eine von der Gewerkschaftskommission und dem Zentralrat der Afa einberufene Versammlung der Vorstände und Funktionäre der Gewerkschaften und Afa-gesellschaften am 1. September in Berlin. Einstimmig wurde folgende Entschiedenheit angenommen:

„Die am 1. September 1920 in der „Neuen Welt“ in Berlin versammelten Funktionäre aller freien Gewerkschaften und der Afa versammelten auf das schärfste die Gründung und Propaganda der Betriebsorganisationen. Sie erklären darin eine gegen das Klasseninteresse aller Arbeiter gerichtete Handlung, die geeignet ist, die Geschlossenheit und Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen. Die auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Arbeiter müssen die Betriebsorganisationen ablehnen, weil sie in ihrer Wirkung reaktionär sind, indem sie von der Führung des Klassenkampfes gegen das Gesamt-Unternehmertum ablenken. Die Anhänger der Betriebsorganisationen betreiben dadurch Verwirrung und verleiten die Gewerkschaften der Arbeiter. Die Funktionäre der freien Gewerkschaften und der Afa bekunden aufs neue, daß sie an der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung nicht rütteln lassen und daß sie jede Zersplitterung und Querschnittsbildung in der Arbeiterklasse bekämpfen werden. Wer sich für die Betriebsorganisationen bedingt, stellt sich dadurch außerhalb der freien Gewerkschaften und der Afa.“

Internationale Rundschau.

Deutsche Arbeiter in Rußland.

Der unabhängige Abgeordnete und Moskau-Delegierte Wilhelm Dittmann veröffentlicht in der „Freiheit“, dem Hauptorgan der U. S. V. vom 31. August einen ausführlichen Bericht über das Schicksal des ersten deutschen Auswanderer-Transporthers, der auf die lebhafteste Agitation der unabhängigen Arbeiterzeitung, Dittmann und Alfons Goldschmidt, sowie auf die lebendigen Verurteilungen der russischen Auswanderungskommission hin nach Sowjetrußland abgegangen ist. Es waren etwa 70 Familien mit 120 Industriearbeitern, fast alles Mitglieder der U. S. V., der A. D. G. B. und A. V. P. 2. aus Leipzig, Berlin und Hamburg, die mit geschwollenen Hoffnungen die „verlorenen deutschen Zustände“ verlassen hatten, um in Rußland das ersehnte Paradies zu finden. Man hatte ihnen eine Fabrik im Walde versprochen, die sie ganz allein verwirklichen und betreiben sollten, natürlich eine funktionstüchtige, modern eingerichtete Fabrik. Wen hätte dieses Angebot nicht gelockt?

Die unabhängige Kommission, welche nach Moskau delegiert war, fand die Auswanderer im Zustand völliger Enttäuschung und größter Ernüchterung. Nichts von allen Versprechungen, nichts von allen Hoffnungen hatte sich erfüllt. Schon der Transport war ganz mangelhaft organisiert gewesen, ohne die Intervention der unabhängigen Kommission, die auf dem gleichen Transport mit den Auswanderern nach Rußland reiste, wären die Auswanderer überhaupt nicht durch Gilsand an ihren Bestimmungsort gekommen. Ihre Räder reichten nur bis Reval, die notwendige Durcheinanderführung durch Gilsand hatte man „vergessen“.

Der Empfang der Deutschen in Rußland war alles andere als freundlich. Von Anfang an wurden sie auf Schritt und Tritt als Weiskardisten und Konterrevolutionäre beschimpft, man fragte sie, ob sie den russischen Arbeitern das letzte Brot wegnahmten gekommen seien, ob sie die Plätze der russischen Arbeiter einnehmen wollten, damit diese für den Schlingensiefel verfügbar würden, usw. usw.

Schließlich schickte man sie nach dem kleinen Industrieort Kosmona in der Nähe von Moskau. Dort traf die unabhängige Kommission sie nach achtstündiger Anwesenheit wieder an. 80 Mann von 120 hatten nur den einen feindlichen Wunsch, sofort wieder nach Deutschland zurückzukommen. Aber freilich, in dem „freien Rußland“ geht es etwas anders, man verweigerte ihnen die Pässe zur Rückfahrt, und die Leute, die geglaubt hatten, in das Land der Freiheit zu kommen, haben sich wie Sklaven an die Verteilung geschmiegt.

Natürlich war die Geschichte von der Fabrik im Walde aufgefloger Schwindel gewesen. Man hatte die deutschen Arbeiter in eine Fabrik, die früher 17 000, jetzt noch etwa 5000 Arbeiter beschäftigte. Zu fragen hatten sie dort nicht das mindeste, auch nicht der sogenannte Betriebsrat, der sich in die Verwaltung nicht einmischen durfte und offenbar nur als Antreiber diente. Die Fabrik befand sich nach dem Zeugnis Dittmanns in völlig verfallenen Zustand, alles war defekt, die stillstehenden Maschinen verfielen. Groß war die Klage der Deutschen über ihre russischen Mitarbeiter, die während der sogenannten Arbeitszeit meist umherliefen und Zigaretten rauchten. Jeder Deutsche leistete trotz Unterernährung und Entfristung etwa soviel wie fünf Russen!

Die Lebensmittelsituation, welche die deutschen Arbeiter erhielten, sah auf dem Papier nicht unerheblich aus. 1/4 Pfund Brot pro Tag, 1/4 Pfund Fleisch, drei Viertel Pfund Sirup und noch verschiedenes andere. Aber in der Veranlagung der Unzufriedenheit, die nach Hause wollten, zeigte sich die Sache in ganz anderem Lichte. Das Brot wurde als ungenießbar bezeichnet, ebenso die Suppe. Eine ganze Anzahl seien infolge der schlechten Ernährung schon krank. Der erste Redner namens Jährlich aus Oberschlesien erklärte: Die Auswanderer seien von den Agenten belogen und betrogen worden, ohne Geld und ohne Brot wohnen sie zusammengepfercht in elenden Baracken. Zurück liege man nie nicht. Mehrfach klagten die folgenden Redner. Einer von ihnen, ein gewisser Grimm aus Posen, war ohne Geld nach Rußland gekommen, weil er geglaubt hatte, daß in dem kommunistischen Paradies das Geld abgekauft sei. Jetzt sehe er, daß man nirgends soviel Geld brauche als in Rußland. Der Mann hatte ein Haus und Hof mit Gärtnerei in Deutschland aufgegeben, um der Weltrevolution in Rußland zu dienen. Jetzt erklärte er, Hunger und Entfristung machen ihm das unmöglich.

Erwähnt zu werden verdient, daß der russische Leiter der Fabrik, ein Genosse Makaroff, auf diese Beschwerden antwortete. Er kritisierte die deutschen Kommunisten und Unabhängigen als Konterrevolutionäre und Bürgerliche, weil sie in solch schwerer Zeit Forderungen zu stellen wagten. Die Deutschen könnten keine Ausnahmestellung vor den Russen beanspruchen, das würde Unzufriedenheit geben. Die deutschen Arbeiter, die nach Rußland gehen, müssen sich also auf das Kulturniveau der russischen Arbeiter zurückführen. Oder nein, noch etwas weiter! Denn als die unabhängige Kommission bei der Moskauer Regierung wegen der deutschen Arbeiter vorstellte wurde, da antwortete ihnen der Vertreter des Arbeitsministers, nachdem er gleichfalls die Deutschen ausreißend als Weiskardisten und Konterrevolutionäre beschimpft hatte: „Wir können chinesische Kulis und deutsche Arbeiter nicht vergleichen.“

Der Dittmannsche Bericht gibt noch viele Einzelzüge dieser Art. Kein Lichtstrahl erhellt das Bild vom Los der gekauften und betrogenen Auswanderer, deren Hoffnungen nicht nur reiflos zertrümmert sind, sondern deren obendrein noch das Elementarrecht jedes Menschen, das Recht der Auswanderung aus den trostlosen Verhältnissen verweigert wird.

Soziale und wirtschaftliche Zustände in Russland.

„In der Freiheit“ vom 1. September schildert der unabhängige Abgeordnete und Moskauer-Deputierter Wladimir Wladimirov die sozialen und wirtschaftlichen Zustände in Russland, die er wie folgt zusammenfasst: „Kommen jetzt deutsche Arbeiter von Völglingen für das erste Mal nach Russland, so sind sie entsetzt und niedergeschlagen über die Zustände, die sie vorfinden, wie es auch dem größten Teil der ersten deutschen Auswanderertransporte ergangen ist. Die Revolution hat die primitiven russischen Menschen nicht ändern können. Sie sind auch heute noch Sozialisten, noch Kommunisten, haben von Politik, Staat und Gesellschaft überhaupt keine rechte Vorstellung. Sie können nicht lesen und nicht schreiben, ihr allgemeiner Horizont reicht kaum über ihre eigene Scholle hinaus. Der russische Bauer hat jetzt mehr Land, er zahlt jetzt weder Steuern an den Grundbesitzer, noch an den Staat, und braucht deshalb Getreide, Vieh, Winter usw. nicht mehr wie früher zu verkaufen, um das Geld für die Steuern aufzubringen. Ist es da ein Wunder, daß die Bauern die bolschewistische Regierung anerkennen, die ihnen diese gewaltige Verbesserung ihrer materiellen Lage beschert hat, aus Angst, daß ihnen ein anderes Regime Land und Steuerfreiheit wieder nehmen könnte? Es zeigen sich aber die kommenden Konflikte schon darin, daß der Bauer seine Produkte nicht mehr gegen wertvolle Waren eintauscht, sondern nur gegen Industriewaren hergeben will und aus Furcht vor Requisitionen viel Land unbesetzt liegen läßt.“

Sozialismus und Kommunismus gibt es in Russland auf dem Lande zunächst noch nicht. Wie die Bauern das Land der Grundbesitzer, so nehmen die Industriearbeiter die Werke und Betriebe der Kapitalisten in Anspruch an sich. Das war jene erste Zeit der bolschewistischen Revolution, in der das Wort, alle Macht den Arbeitern, Bauern und Soldaten, allein herrscht. Diese Zeit ist heute längst vorbei. Sie hat kaum ein Jahr gedauert. In ihr kamen die bolschewistischen Führer zu der niederdrückenden Erkenntnis, daß weder die bloße Bauernmacht in den Dörfern, noch die Mehrheit des Industrieproletariats für die Selbstverwaltung der Wirtschaft und des Staates in sozialistischem Sinne fähig war. Die Bolschewisten wollten den Sozialismus von oben her verwirklichen, durch die Diktatur, nachdem seine Durchföhrung von unten her, auf demokratischem Wege, mißglückt ist. Der Nachschub, dessen sie sich bedienen, besteht aus der neuen Sowjetorganisation und der roten Armee. Beide werden beherrscht von der Partei, die sie durchföhrt und mit ihrem Geiste zu erfüllen sucht.

Freiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit und persönliche Freiheit sind so gut wie aufgehoben. Die Wahlen zu den sozialistischen Gewerkschaften erfolgen in Versammlungen, geheime Wahl ist verboten. Die allgemeine Wehrpflicht ist wieder eingeföhrt. Deserteure werden erschossen. Ferner ist das Wirtschaftsleben militarisiert. Arbeiter und Angestellte dürfen nicht streiken, sonst werden sie als Deserteure der Arbeit in Konzentrationslagern zur Arbeit gezwungen. Für Frauen besteht die Arbeitspflicht vom 18. bis 40. für die Männer vom 18. bis 50. Lebensjahre. In den Betrieben ist die Herrschaft der Betriebsräte längst beseitigt. Nach der letzten offiziellen Statistik des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei sind von den 601.000 Mitgliedern, die sie in ganz Russland zählt, nur noch 70.000, das sind 11 Proz., als Arbeiter tätig. Von den restlichen 531.000 sind tätig: 36.000 (6 Proz.) als Parteimitglieder, 12.000 (2 Proz.) als Gewerkschafts- und Genossenschaftsbeamte, 163.000 (27 Proz.) als Militärbefehlshaber und Soldaten, 318.000 (53 Proz.) als Staatsbeamte, 6.000 (1 Proz.) als Handlungsgeschäftlichen. Ditmann sagt zum Schluß: „Der Sozialismus und Kommunismus ist man in den Städten und Industriebezirken Russlands gegenwärtig noch weit entfernt.“

Zur Lohnbewegung der englischen Bergarbeiter.

Der Freierband (Bergarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahner) hielt in London Beratungen über die Frage des Bergarbeiterpreises ab. Smillie trat im Namen der Bergarbeiter für die Unterföhren der Bergarbeiterforderungen durch die Eisenbahner und Transportarbeiter ein. Nach 1½-stündiger Aussprache erklärte die Hauptverwaltung der beiden letztgenannten Verbände die Frage in einer Sonderberatung. Darauf nahm die gemeinsame Konferenz Entschlüsse an, in denen der Freierband erklärte, daß die Bergarbeiterforderungen, da sie gerecht und billig, zu bewilligen seien. Die angenommene Entschöpfung wird nicht als Sündenerlöbgrund für eine friedliche Einigung angesehen. Es heißt, daß die Führer der Bergarbeiterschaft bereit seien, einen Teil ihrer Forderungen, der sich auf eine Verabfolgung der Kohlepreise bezieht, fallen zu lassen und eine Lohnerhöhung um zwei Schilling zu verlangen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Konferenzen der Tagesarbeiter.

Se eine Konferenz für die Vertreter der Tagesarbeiter des gesamten Ruhrgebietes fand am 29. August in Essen und Dortmund statt. Es wurde der Bericht von den Verhandlungen mit dem Gewerksverband vom 18. und 19. August gegeben. Die Konferenzen waren nicht von dem Gang der Verhandlungen voll betrieblig, weil die Forderung auf Befreiung der Sonntagsarbeit mit 100 Prozent Aufschlag nicht erzielt ist. Nachfolgende Entschöpfung wurde dann einstimmig angenommen:

Die Konferenz der Tagesarbeiter für das gesamte Ruhrgebiet nimmt Kenntnis von den Bemerkungen mit dem Gewerksverband. Sie hält aber nach wie vor die Forderung eines Aufschlages von 100 Prozent für Sonntagsarbeit für berechtigt und beantragt, die Organisation, einen Ausgleich für die Tagesarbeiter in dieser Frage herbeizuföhren.“

Entwicklung unseres Verbandes im 1. Halbjahre 1920.

Unser Verband hatte im ersten Halbjahre 1920 eine Zunahme an Beiträgen von 13.015 504 Mk. gegenüber 12.271 935 Mk. im ganzen Jahre 1919. An Eintrittsgeldern wurden 82.062 Mk., an Abonnementbeiträgen 19.950 Mk., an Jinsen 194 550 Mk. und an Sonstigen und Rückzahlungen 350 249 Mk. vereinnahmt. Aus der Ausgabezeit waren u. a. für Vergütungen an die Orts- und Bezirksverwaltungen 3.431 833 Mk., Agitation und Konferenzen 135 292 Mk., Unterföhungen 1.801 885 Mk. (darunter 361 228 Mk. für Streiks), Rechtschutz 1.650 194 Mk., Verbandsorgane und Druckkosten 1.353 972 Mk., Bildungsvereine 61 319 Mk., Beiträge an den Bundesverband 40 369 Mk. und an Verwaltungsstellen 360 231 Mk. zu verzeichnen. Den Vermögensbestand bildeten in der Hauptkasse 6½ Millionen Mark zugewandt werden. Da der Vermögensbestand am Jahresföhr 1919 in der Hauptkasse des Bezirks- und Lokalstellen 14.979 419 Mk. betrug, so wird der Vermögensbestand jetzt über 21 Millionen Mark betragen. Die Mitgliederzahl betrug am 30. Juni 1920 450 225 gegenüber 436 327 am Schluß des Jahres 1919.

Der alte Verband markiert sich demnach, trotz aller Schme und Rückschläge, als ein sehr lebendiger Verband. Aus Drang und Sturm ist er im Jahre 1919 geboren. Alle Sozialistenschläge und Verfolgungen hat er fester negretisch überstanden. Mitglieder und Führer wurden ermordet, beschneit, verurteilt, ins Gefängnis und Zuchthaus geschickt. Die er wurde der „alte Verband“ nicht tot gelagt! Alles umsonst! Wandering Kämpfer sind unter den Schlägen der Gegner, doch das Banner des alten Verbandes fliegt. So wird es auch bleiben! Mögen die Stürme auch tosen, der alte Verband werden sie nicht erschöfen, sondern nur fester einzuengen. Das zeigen die vorstehenden Zahlen erneut mit aller Klarheit. Über 450.000 Mitglieder zählt der „alte Verband“, mehr als alle übrigen Bergarbeiterorganisationen zusammengekommen. Sein Vermögen beträgt über 21 Millionen Mark. Das zeigen uns die Gröföen von rechts und links einmal nach.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Bezirkskonferenz in Köln.

Am 29. August tagte in Köln eine Bezirkskonferenz von 23 Zählstellen unseres Verbandes für das Kölner Braunkohlen- und Erzgebiet. Die Bezirksleitung berichtete über die Entwicklung der Organisation im ersten Halbjahre 1920. Der Mitgliedsbestand betrug Ende 1919: 13.915. Zugang: Eintritte 3252, Uebertritte von freien Organisationen 623, von Gefängnissen 686, zugewogen 360, zusammen 4773. Abgang: Austritte 1786, Uebertritte 147, verrogen 2547, zusammen 4490; Mitgliedsbestand am 1. Juli 1920: 14.408.

Der Bericht über die Einigungsgeellschaft für den Braunkohlenbergbau, nach dem den Bergleuten einwandfreie, lustige, der modernen Zeit entsprechende Wohnungen hergestellt werden, fand allgemeine Zustimmung. Weiter tätigte die Konferenz die Remoat der Tarifkommission, welche heute in Bonn mit der Organisation zu dem abgegangenen Kameraden- und Gewerkschafts-Verband und die als notwendig schneidenden Abänderungen und Lohnforderungen dem Bergarbeiterverband unterbreitet.

Zum Punkt: „Die zukünftigen Aufgaben der Organisation“ entwarf die Bezirksleitung ein Bild von der gewaltigen Zusammenfassung der Kapitalisten, bediente die Kraft, zentrale Organisationsform der deutschen Unternehmerverbände. Demgegenüber sei die alte, gut bewährte zentrale Organisationsform des Bergarbeiterverbandes hochzuhalten. Nicht durch Zersplitterung und Organisationsgründungen ist dem Bergmann geboten, sondern nur durch Einheit und Geschlossenheit im Bergarbeiterverbande lassen sich gegenüber dem Unternehmertum die berechtigten Forderungen durchsetzen. Wer in der jetzigen Zeit durch Organisationsformen von Organisationen die Geschlossenheit der Arbeiterföhrung untergrabe, begebe das größte Verbrechen und handele bewußt oder unbewußt im Interesse des Unternehmertums.

Mit dem Gelübde, auf allen Gebieten den Arbeiterzersplitterern entgegenzutreten und durch intensive Agitation und Aufbau der Betriebsvereine den Bergarbeiterverband weiter zu stärken, eröfnete die sozialistische Konferenz, die von einem maßvollen, kameradschaftlichen Geiste getragen war.

Aus dem hiesigen Braunkohlenrevier.

In letzter Zeit hat die „Union“ durch ihre politische Agitation und auch durch hauptsächlich durch ihre Willkür verschiedentlich Anhänger auch im hiesigen Revier gefunden. Wenn ich von politischer Agitation spreche, so ist dies darauf zurückzuführen, daß der Bezirksleiter der U. S. P., Herr Dr., auch zugleich Führer der hiesigen politischen Bewegung ist.

Vor noch gar nicht langer Zeit war Herr Dr. noch Mitglied und Vertrauensmann unseres Verbandes (nebenbei bemerkt, war er damals auch zugleich Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes). Nach meinem Ermeffen stehen heute noch die meisten namhaften Führer der U. S. P. gewerkschaftlich auf dem Boden der Zentralorganisationen. Bei logischen Nachdenken ist es ja für einen christlichen Führer innerhalb der Arbeiterbewegung gar nicht anders möglich, wenn er mit Erfolg arbeiten will. Anders arbeitet hier Herr Dr. Seine einzige Aufgabe besteht darin, den Gewerkschaften möglichst viel Schaden anzurichten und so die Zersplitterung innerhalb der Bewegung immer greifbar zu machen. Wer dabei den Vorteil hat, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Dah aber auch die Union weder ihre allgemeinen noch ihre sonstigen Forderungen, wie sie dieselben in ihren Prinzipienverklärungen verspricht, nicht durchföhren in der Lage ist, beweis folgender Vorfall: Im Zimmer des Betriebsrats des Gröföenwerks eröfnete am 27. August das frühere Delegationsmitglied Jos. Steinhardt und gibt wörtlich folgendes zu Protokoll:

„Am Sonntag, den 22. August, war ich im Lokale Weder (Wesfel) in einer Mitgliederversammlung der Union. Nach Schluß derselben sprach ich den Kassierer wegen meiner Mitgliedsbeitragsunterföhrung an. Der Kassierer sagte: „Nehmen Sie in der Union abgemeldet. Ich kann Sie nur 20 Mark geben.“ Ich gab ihm zur Antwort: „Ich komme nicht als Betrüger, um ein Trübsal von 20 Mark zu erhalten, sondern verlange die mir aus Grund des Status zühörenden Rechte.“ Kassierer rief: „Was anwendend?“ er sagte zu mir: „Du hast dich abgemeldet und hast nun auch kein Recht mehr an dieser Kasse.“ Steinhardt erklärte, daß er all die Zeit bei der Union nur als Sammelmann hier war — es ist eine traurige Tatsache, daß die gewerkschaftliche Solidarität in der Union auf diese Weise ausgeübt wird. Am Samstag war ich gekommen, die Genossen auf dem Abraum und in der Werkstatt anzubetteln. Ich habe während der fünf Wochen im ganzen 140 Mark an Unterföhrung erhalten, trotzdem daß mir 10 Mark täglich aufhelfen.“

Verständigt muß hierbei werden, daß Steinhardt zurzeit auf mein Befragen in Brühl in der Herberge logiert hat: es ist ja auch für einen alleinlebenden Menschen unmöglich, als Arbeiterföhrer dauernd auf einem Platz wohnen zu können.

Zum Schluß möchte ich noch auf eins hinweisen. Bei der am 22. August stattgefundenen Konferenz der Betriebsräte für Rheinland und Westfalen erklärten auch die Kollegen vom Wuppertal und Elberfeld, daß sie gleichfalls mit den Zentralgewerkschaften zusammen ihre Aufgaben erfüllen wollen. Hier handeln die Kollegen nach meinem Dafürhalten konsequent: politisch stehen sie in der Opposition, aber gewerkschaftlich organisieren sie sich da, wo sie einen Vorteil für sich und ihre Kollegen erblicken. Diese Vorgehensweise ist eine glückliche Arbeitsschöpfung dringend nötig.

Hannover, Braunschweig, Hefen-Lippe.

An die Kameraden im Kölner Bezirk.

Schaut euch zusammen zur geschlossenen Front! Merkt ihr, wie man uns überföhren will? Von einem Ende der Welt merkt man nichts, aber das Gewerkschaft. Aber trotzdem, Kameraden, blicken auch die Herren Reichsbanner ab 1. September eine Leuchte der Zukunft an. Unausweichlich, aber wahr! Auf anderen Gebieten Lohnbewegung und der Arbeiterkampf soll Lohnbewegung in Mainz nehmen! Woran liegt das? So fragt mancher. Allerdings, das Kapital hat den Krieg heraufbeschworen, es hat ihn geföhrt, es hat die Kriegsgewinne eingekassiert. Die Hand die Lage des Bergmanns hier? Ihnen fehlt die Organisation. Nun, nachdem vor 2 Jahren die Organisation hier ergriffen, sind wir hier im Revier begriffen. Manche Kameraden schreien nun den Verband als überflüssig und sehen lieber heute als morgen, wenn er veröfnet. Kameraden, das Kapital merkt eure Schwäche, daher erlaubt es sich die Unähnlichkeit und will euch pro Schicht 1,50 Mk. kürzen. Ich rufe euch zu: „Müht euch zum Kampf, tretet geschlossen vor!“ Wenn roten Gelder sollen wir nach. Im Gegenteil: Gleichschöpfung mit den Kameraden muss unsere Leistung sein. Kameraden, nur Einheit bringt uns zum Ziel und nicht Sader und Zersplitterung. Jeder an seinen Posten, und dann laßt sie kommen, die Geldhoren.

Heinr. Schumacher, Doof.

Parteien und Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaftsverbände aller Berufsgruppen haben den Zweck, dem Kapital gegenüber als eine Macht aufzutreten, um den einzelnen Arbeitnehmer der Arbeit für die Gesamtheit zu beanspruchen. Die Produktionsmittel, die von Rechts wegen der Gesamtheit gehören, befinden sich in den Händen einiger weniger, die von dem Mehrwert der Arbeit leben und so die Ausbeutung des Volkes bewerkstelligen, das zu 5 Proz. von der Kapitalistenklasse abhängig ist. Im alten Staat, wo die freien Verbände ihre Tätigkeit nicht nach Belieben entfalten konnten, war es auch an der Tagesordnung, daß diejenigen der Ungnade der Kapitalistenklasse verfielen, welche nicht das Kommando der Herrschenden im Soldaten und Frau befolgten.

Aus Erfahrung aber weiß man, daß trotzdem das Solidaritätsgefühl zurzeit des alten Rechtsgewisses — der Verbitterung, bei den Kameraden fester war denn heute. Der Zusammenschluß der Unternehmervverbände sollte wahrhaftig allen Kameraden zu denken geben. Die Unternehmervverbände haben sich heute als eine geschlossene in Ziel einige Macht entgegen, was man bei uns nicht findet. Ihr Ziel ist: Ausbeutung des Volkes in immer größerem Maße, das zu verhindern unsere Pflicht ist. Diese Union unter den Menschen ist kein Mittel, um den Verbrechen der Unternehmervorganisationen ein Gesicht zu schlagen. Hier erkennen haben sie, daß die Arbeiterföhrung der Zersplitterung zum Opfer gefallen und sehr einträglich ist.

Den großen Zielen Beachtung schenkend, die wir erstreben, müßte jeden denkenden Menschen zur gewerkschaftlichen Einheit einzuwirken. Den freien Gewerkschaftsverbänden wird ihre obliegende Arbeit sehr erleichtert durch die parteipolitischen Auseinandersetzungen. Die freien Verbände sind parteipolitisch nicht abhängig von irgendeiner Partei. Trotzdem wird ständig versucht, den Parteifreien in ihre Reihen zu ziehen. Die sozialistischen Parteien und freien Gewerkschaften sind einzig im Kampfe um die Zersplitterung der Arbeiterföhrung. Nicht einzig aber sind sie in den einschlägigen Wegen zur Verwirklichung der angeführten Gewerkschaftsordnung, welche die Gleichberechtigung auf allen Gebieten mit sich bringen soll. Die angestrebte Gewerkschaftsordnung, die allen zum Wohle gereichen soll, verlangt Zusammenarbeiten, eine sein, und dies müssen wir unter allen Umständen lernen. Die freien Gewerkschaften haben es sich zur Pflicht gemacht, dementsprechend erziehend zu wirken. Vorläufer des Sozialismus zu sein, der uns das Zusammenarbeiten bei freier Entwicklung zur bedingten Pflicht macht.

Ist es aber möglich, daß wir überhaupt von einer Sozial-Gewerkschaftsordnung reden dürfen, wo wir heute schon mit drei verschiedenen Betriebsratszentralen zu tun haben, und jede eine eigene Politik treibt? Am Ergötzen der Unternehmerv, den Arbeiter als treuenden Sinter-Menschen, findet in immer größerem Maße die Zersplitterung statt. Die Betriebsräte, die bei der Umwandlung der heutigen Gewerkschaftsordnung in eine sozialistische, als Glied in der Kette ihre Tätigkeit im Produktionsprozess entfalten sollen, werden als Parteibewerksatzung zur parteipolitischen Unterföhrung der Gewerkschaften mißbraucht. Nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil unserer selbst. Deshalb gerade ist es notwendig, innerhalb der Gewerkschaften eine solche Politik zu treiben.

Stehen wir nicht gewerkschaftlich auf einem Boden, so ist und bleibt unser Ziel eine Null. Politisch kann ich kein was ich will. M. S. P., U. S. P., N. P. D., wenn ich nur erkannt habe, daß die Gewerkschaften in einem jöz. Staatswesen ihre Tätigkeit anpassen, auf welcher Basis es auch geschaffen sein mag. Alles andere ist reaktionäre, nicht revolutionäre Gewerkschaftspolitik. Betriebsrat und Gewerkschaft gehören zusammen, nicht anders. Walter Rehn, Dersbach.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Bezirkskonferenz Halle.

Am 29. August fand in Cöthen unsere halbjährige Bezirkskonferenz statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kamerad Walther Rehn, der vom Hauptverband erschienen war, einen kurzen Nachbericht über die augenblickliche Lage im Erzbergbau. Dann erläuterte der Kamerad U. S. P. den Bericht vom internationalen Bergarbeiterkongress in Genöf. Zu der schöffen Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Konferenzteilnehmer mit der Stellungnahme der Delegierten auf dem Kongress einverstanden waren. Besonders erfreut waren sie darüber, daß der Unionist Partei, Redakteur der eingangsigen „Ruhrunder“ -Bier, und der Separatist Josef Adomat nicht zugelassen wurden, und wünschten, daß auch hier bei allen Verhandlungen die Elemente ausgeschlossen würden. Wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf den Werken mehr Rückgrat gegen die Schöfer zeigen würden, dann könnte manches vermieden werden, was der Bergarbeiterschaft nur Schaden bringt und zur Uneinigkeit beiträgt.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattete Kamerad Behrens kurz Bericht über die nun beginnenden Unterrichtsarbeiten der Betriebsräte, wies auf die hohen Kosten hin und forderte die Kameraden auf, die Kosten im Bezirk selbst aufzubringen, um die Hauptkasse nicht unnötig zu belasten. Die Zahl der Betriebsräte im Braunkohlenbergbau betrug 205 auf 53 Werken und 3 Nebenbetrieben, im Erzbergbau 145 auf 21 Werken und im Erzbergbau 121 in 21 Einzelbetrieben, die im Verband der Bergarbeiter Deutschlands organisiert sind. In den Unterrichtsarbeiten nehmen auch die Betriebsräte des Maschinen- und Seilzwickverbandes teil. Einstimmig wurde auch die U. S. P., die mal wieder einmal nicht gewerkschaftliche U. S. P. D. Mitglieder einwölken, abgelehnt. Den geschöffen Bericht gab Kamerad Behrens, der vom Kameraden U. S. P. ergänzt wurde. Die Mitgliederzahl des Bezirks stieg in dem letzten halben Jahr — trotzdem der Verband schon immer tot gelagt ist, von 32.000 auf 37.000 Mitglieder. Die Hauptkasse betrug 1.733.350 Mk. abgeführt. In der Bezirkskasse verblieben 189.675,12 Mk. Trotzdem wurde, um den Wünschen der einzelnen Bezirke Rechnung zu tragen, von der Bezirksleitung der Antrag gestellt, den Lokals und Bezirksbeiträge um 20 Pf. zu erhöhen; davon sollen 10 Pf. an die Bezirkskasse abgeführt und 10 Pf. an Orts verbleiben. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit gegen ganze 4 Stimmen angenommen. Nach einem kurzen Schlußwort des Kameraden Walther Rehn wurde die Konferenz geschlossen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 37. Woche (vom 6. bis 11. September) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Jedes Mitglied ist auch verpflichtet, die Mitgliederversammlungen regelmäßig zu besuchen.

Für den Bezirk Bochum ist die Stelle eines Bezirksleiters zu besetzen. Bewerber müssen Erfahrung in den Verwaltungsgeschäften des Verbandes besitzen und in der Lage sein, die Interessen des Verbandes in Wort und Schrift zu vertreten. Bewerbungen nebst Lebenslauf müssen bis zum 1. Oktober 1920 an die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Wemelschloßstr. 38, gerichtet werden.

Die ausgeschriebenen Stellen eines Hilfsarbeiters für Nordhausen und eines Lokalbeamten für Cassel sind besetzt. Allen Interessierten besten Dank. Die Bezirksleitung.

Rechtschutz im Kölner Braunkohlen- und Erzbergbau.

Vom 1. Oktober an wird der Rechtschutz im Kölner Braunkohlen- und Erzbergbau auf folgenden Stellen gewährt:

a) Braunkohlenbergbau:

Glück: Jeden Freitag im Bezirksbureau, von 10—12 Uhr vormittags.
Heide: Jeden 1. und 3. Montag im Monat im Lokale Pöfelmann, von 1—3 Uhr nachmittags;
Brühl: Jeden 1. und 3. Montag im Monat, im Lokale Weder, von 3½ bis 5 Uhr nachmittags;
Anspyl: Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, im Lokale Bergerhausen, von 1—3 Uhr nachmittags;
Berrenrath: Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, im Lokale Hed, von 3½ bis 5 Uhr nachmittags;
Freschen: Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, im Lokale Beiffel, von 1—3 Uhr nachmittags;
Brüggen: Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, im Lokale Rott, von 1—3 Uhr nachmittags;
Völske: Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, im Lokale Schmitz, von 1—3 Uhr nachmittags;
Grefrath: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, im Lokale Schmitz, von 1—3 Uhr nachmittags;
Ludwigs: Jeden 1. und 2. Freitag im Monat, im Lokale Wilmann, von 1—3 Uhr nachmittags;
Horrem: Jeden 1. und 2. Freitag im Monat, im Lokale Jungblut, von 1—3 Uhr nachmittags;
Neurath: Jeden 1. und 3. Samstag im Monat, im Lokale Pöf, von 1—3 Uhr nachmittags.

b) Erzbergbau Bensberg.

Unterschlag: Jeden 2. und 4. Montag im Monat, im Lokale Nelles, von 3—5 Uhr nachmittags;
Loope: Jeden 2. Dienstag im Monat, im Lokale Köbber, von 6—7½ Uhr nachmittags;
Goffmingshof: Jeden 2. Dienstag im Monat, im Lokale Blech, von 2—4½ Uhr nachmittags;

c) Erzbergbau Eifel.

Niedermich: Jeden 2. Mittwoch im Monat, im Lokale Schönbach, von 1—3 Uhr nachmittags.

Alle Mitglieder werden dringend ersucht, diese Bekanntmachung aufzubewahren, und sich in Rechtschutzfragen danach zu richten.

Abtreffenveränderungen.

Möhlingshausen. Vertrauensmann: Jakob Gröföert, Roonsstr. 8.
Senftenberg I. Vertrauensmann: Max Hötchen wohnt jetzt Weferstraße 23, Anbau.

Bücherrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisoren die Arbeit zu erleichtern.

Erst II. Vom 1. bis 15. September.
Graf-Gülden. Vom 15. September bis 1. Oktober.
Langendörfer I. Im Monat September.

Bibliotheken.

Gladbeck. Die Gewerkschaftsbibliothek befindet sich vom 1. September 1920 ab im Neubau der Lutherstraße an der Friedrichstraße, gegenüber dem Amtsgericht. Die Bücherabgabe findet dort auf Zimmer Nr. 23 jeden Sonntag von 10—11½ Uhr statt.

Brechen. Den Kameraden zur Kenntnis, daß in der Bibliothek viele neue und lehrreiche Bücher enthalten sind. Die Ausgabe der Bücher findet Sonntags von 10—12 Uhr beim Kameraden Pieper statt.

Wermisch wird: Seit dem 6. September 1914, bei den Kämpfen im Westen, der Aussteller Johann Niewels, 9. Komp., Inf. Regt. Nr. 145. Auskunft erteilt Bernhard Niewels, Seidhausen bei Werden, Nr. 587a.

Denkschrift über die bergfiskalischen Anlagen im Bergwerksdirektionsbezirk Recklinghausen, unter besonderer Berücksichtigung der Berginspektion V, von A. Balfreth. Preis 1,50 Mark. Zu beziehen von B. Bannmann & Co., Bochum i. Westf.